

Somalia und Mogadischu waren nicht erste Wahl. Andreas Baader, der Chef der Roten Armee Fraktion, und seine Mitgefangenen wollten im Falle einer Freipressung in andere Länder ausreisen. Die Bundesregierung vereitelte diese Pläne und legte sich dann auch auf eine Politik der Unnachgiebigkeit fest, als ein palästinensisches Kommando die Luft-hansa-Maschine „Landshut“ entführte und die Freilassung der Häftlinge in Stammheim verlangte. Der Historiker Tim Geiger vom Institut für Zeitgeschichte schildert diese Ereignisse und die geschickte Verhandlungstaktik von Hans-Jürgen Wischnewski in Somalia. Er zeigt aber auch, mit welchen Mitteln Bundeskanzler Helmut Schmidt und sein Mann vor Ort operierten, als sie die Regierung von Siad Barre zur Mithilfe veranlaßten. Vor allem mit Blick auf die selbstaufgelegte Verpflichtung, keine Waffen in Krisenregionen zu liefern, gingen sie bis hart an die Grenze des Erlaubten.

Tim Geiger

Die „Landshut“ in Mogadischu

Das außenpolitische Krisenmanagement der Bundesregierung angesichts der terroristischen Herausforderung 1977

Der 30. Jahrestag des „Deutschen Herbsts“ 1977, in dem der Linksterrorismus in der Bundesrepublik seinen Höhepunkt erreichte, hat erwartungsgemäß eine Flut neuer Publikationen hervorgebracht. Noch immer beherrschen indes Erinnerungswerke ehemaliger Akteure und journalistische Sachbücher das Feld. Obwohl teils gut recherchiert, können diese Darstellungen letztlich kaum mehr sein als nützliche Vorstudien für die mit Ablauf der 30-Jahre-Sperrfrist für amtliches Schriftgut einsetzende wissenschaftliche Aufarbeitung¹.

In der Terrorismusforschung dominiert bislang der Fokus auf die Täter, deren Biographien, ideologisches Selbstverständnis bzw. ihre Perzeption in der Öffentlichkeit. Allerdings gibt es Ansätze, diese Verengung zu überwinden. Neuerdings wird die lange marginalisierte Opferperspektive stärker ins Blickfeld gerückt², aber auch die bislang historiographisch kaum erforschte Reaktion des Staates auf die terroristische Herausforderung³. Kaum beachtet wird dagegen die außenpolitische Dimension des Problems. Dabei stellte der Terrorismus der „Roten Armee Fraktion“ (RAF) und anderer linksextremistischer Gruppierungen keineswegs nur ein innen- und gesellschaftspolitisches Problem dar. Seit Anfang der 1970er

¹ Vgl. dazu die Studien des Hamburger Sozialwissenschaftlers Wolfgang Kraushaar (Hrsg.), *Die RAF und der linke Terrorismus*, 2 Bände, Hamburg 2006.

² Vgl. Anne Siemens, *Für die RAF war er das System, für mich der Vater. Die andere Geschichte des deutschen Terrorismus*, München 2007.

³ Vgl. dazu das Forschungsprojekt des Instituts für Zeitgeschichte München–Berlin, URL: <http://www.ifz-muenchen.de/anti-terror-politik.html> (17. 6. 2008), sowie den Tagungsbericht von Sabine Bergstermann vom 31. 3. 2008, URL: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=2134>.

Jahre traten die außenpolitischen Implikationen des Terrorismus immer stärker zutage.

Die grenzüberschreitende Aktivität der RAF, die in Westeuropa, im Ostblock und im Nahen Osten Ausbildungs- und Rückzugsgebiete fand, ist ebenso bekannt wie ihre transnationale Vernetzung mit radikalen Palästinensern und europäischen Terrorgruppen wie den „Brigate rosse“ oder der „action directe“⁴. Dagegen ist die außenpolitische Dimension staatlichen Handelns im Anti-Terror-Kampf bislang kaum ins Bewußtsein gedrungen. Symptomatisch dafür ist, daß die in der vom Institut für Zeitgeschichte im Auftrag des Auswärtigen Amts herausgegebenen Edition „Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland“ (AAPD)⁵ veröffentlichten amtlichen Dokumente zur Entführung der Lufthansa-Maschine „Landshut“ nicht angemessen zur Kenntnis genommen werden. Dabei sind die AAPD, die seit 1994 alljährlich, exakt nach Ablauf der Sperrfrist die wichtigsten Akten des Außenministeriums, darunter vorwiegend einstige Verschlusssachen, erschließen, die international schnellste, zeitnächste und kontinuierlichste diplomatische Edition⁶, in der natürlich auch Probleme des Terrorismus ihren Niederschlag finden. Die bundesdeutsche Außenpolitik war seit dem Anschlag palästinensischer Extremisten auf die israelische Olympia-Mannschaft am 5. September 1972 in München intensiv mit diesem Problem konfrontiert, als ein dilettantischer Befreiungsversuch im Fiasko endete und einen Monat später mit der durch Entführung einer deutschen Passagiermaschine erzwungenen Freipressung der Attentäter ein unrühmliches Nachspiel fand⁷. Auch bei der Entführung des Berliner CDU-Landesvorsitzenden Peter Lorenz und der ebenfalls erzwungenen Freilassung von fünf inhaftierten Mitgliedern der „Bewegung 2. Juni“ im Februar 1975 war das Auswärtige Amt maßgeblich in die Aktivitäten der Bundesregierung involviert⁸. Ähnliches gilt für den Überfall der RAF auf die Bot-

⁴ Vgl. dazu insbesondere Christopher Daase, Die RAF und der internationale Terrorismus. Zur transnationalen Kooperation klandestiner Organisationen, in: Kraushaar (Hrsg.), RAF, Bd. 2, S. 905–929.

⁵ Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland (AAPD) 1977, bearb. von Amit Das Gupta, Tim Geiger, Matthias Peter, Fabian Hilfrich und Mechthild Lindemann, München 2008.

⁶ Überblick erschienener AAPD-Bände unter URL: http://www.ifz-muenchen.de/auswaertige_politik_verzeichnis.html (15. 6. 2008). Zur Benutzung vgl. die „Editorischen Vorbemerkungen“ im ersten Teilband jedes AAPD-Jahrgangs; ferner Ilse Dorothee Pautsch, Die „Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland“. Ein Arbeitsbericht über die Erschließung der Bestände des Politischen Archivs des Auswärtigen Amts, in: Archivar 61 (2008), S. 26–32; Gregor Schöllgen, Die Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland. Traditionslinien, Aufbau, Themen, in: Horst Möller/Udo Wengst (Hrsg.), 50 Jahre Institut für Zeitgeschichte. Eine Bilanz, München 1999, S. 459–467.

⁷ Vgl. Majid Sattar, Folgen eines Anschlags, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 9. 11. 2006, S. 10.

⁸ Vgl. dazu Matthias Dahlke, „Nur eingeschränkte Krisenbereitschaft“. Die staatliche Reaktion auf die Entführung des CDU-Politikers Peter Lorenz 1975, in: VfZ 55 (2007), S. 641–678. Dahlke arbeitet überwiegend mit Akten des Politischen Archivs des Auswärtigen Amts (künftig: PA-AA), berücksichtigt aber nicht die in den AAPD gedruckten früheren V[erschluß]-S[achen]-Dokumente bzw. den durch die Edition angelegten Bestand B 150 (offengelegte VS-Doku-

schaft in Stockholm im April 1975⁹. Die Relevanz des Auswärtigen Amtes – und seiner Akten für eine quellenbasierte Geschichtsschreibung des westdeutschen Linksterrorismus – kann hier gar nicht überschätzt werden.

Im Bestreben, die Terrorismusforschung stärker auf diesen Quellenbestand aufmerksam zu machen, wird im Folgenden anhand jüngst deklassifizierter Akten des Auswärtigen Amtes das bisher wenig ausgeleuchtete außenpolitische Krisenmanagement der Bundesregierung untersucht, mit dem Bonn 1977 den Kampf gegen den Terror absicherte.

Dabei werden im ersten Abschnitt die Bemühungen der Bundesregierung betrachtet, von jenen Ländern eine Nicht-Aufnahme-Garantie zu erhalten, welche die in der Justizvollzugsanstalt Stuttgart-Stammheim inhaftierten Führungskader der „ersten RAF-Generation“ als Ausreiseziele genannt hatten. Um den Druck auf die Bundesregierung zur Freilassung der RAF-Häftlinge zu erhöhen, entführten palästinensische Verbündete der RAF das Passagierflugzeug „Landshut“. Der fünftägige Irrflug der Lufthansa-Maschine im Nahen Osten und Ostafrika wurde zur – eben auch außenpolitischen – Bewährungsprobe der Regierung Schmidt–Genscher. Deren Agieren soll im zweiten Abschnitt behandelt werden. Abschließend gilt es die internationalen Implikationen zu beleuchten, die die erfolgreiche Befreiung der entführten „Landshut“ in Mogadischu für die Bundesrepublik nach sich zog.

I) Kein Austausch! Die Missionen des Staatsministers Wischniewski

Mit der Entführung von Hanns Martin Schleyer, des Präsidenten der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände und des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, am 5. September 1977 erreichte die Welle der RAF-Gewalt jenes Jahres ihren Höhepunkt. Bereits am 7. April waren Generalbundesanwalt Siegfried Buback mit zwei Begleitern, am 30. Juli der Vorstandssprecher der Dresdner Bank, Jürgen Ponto, von RAF-Kommandos umgebracht worden¹⁰. Ein Anschlag der „Baader-Meinhof-Bande“ auf die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe scheiterte am 25. August lediglich, weil die selbstgebaute „Stalin-Orgel“ nicht funktionierte.

Nach dem Vorbild der aus terroristischer Perspektive erfolgreichen Lorenz-Entführung wollte die RAF mit der Entführung des Arbeitgeberpräsidenten elf, vorwiegend in Stammheim inhaftierte Gesinnungsgenossen freipressen („Big Raus-hole“). Doch anders als erwartet, reagierte die Regierung Schmidt unnachgiebig und mit dem erkennbaren Willen, Zeit für die vom Bundeskriminalamt mit Hochdruck vorangetriebene Großfahndung zu gewinnen. Am 12. September 1977 teilten die Schleyer-Entführer mit, die Länder, in die ihre Gesinnungsgenos-

mente). Vgl. aber z. B. Drahtbericht (DB) Nr. 59 des Botschafters Held, Sanaa, 7. 3. 1975, in: AAPD 1975, bearbeitet von Michael Kieninger, Mechthild Lindemann und Daniela Taschler, München 2006, Dok. 45, S. 234–236.

⁹ Vgl. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten (MDg) Kinkel, 24. 4. 1975, in: Ebenda, Dok. 94, S. 428–432; Telefonat des Bundeskanzlers Schmidt mit Schwedens Ministerpräsident Palme, 24. 4. 1975, in: Ebenda, Dok. 95, S. 432 f.

¹⁰ Vgl. dazu Butz Peters, Tödlicher Irrtum. Die Geschichte der RAF, Berlin 2004, S. 379 ff.

sen auszufliegen seien, könnten „der Bundesregierung nur von den Gefangenen selbst genannt werden“¹¹. Auf Fragebogen bejahten alle Betroffenen ihre Ausreisereitschaft. Andreas Baader als die auch in der Haft unangefochtene Führungsfigur nannte fünf potentielle Aufnahmestaaten: Vietnam, Algerien, Libyen, Südjemen und Irak¹².

Die Bundesregierung dachte jedoch nicht an einen Austausch. Einen Tag nach Schleiers Kidnapping hatte Bundeskanzler Helmut Schmidt im großen Politischen Beratungskreis („Großer Krisenstab“) drei Ziele festgelegt:

- „die Geisel Hanns Martin Schleyer lebend zu befreien,
- die Entführer zu ergreifen und vor Gericht zu stellen,
- die Handlungsfähigkeit des Staates und das Vertrauen in ihn im In- und Ausland nicht zu gefährden; das bedeute auch: die Gefangenen, deren Freilassung erpreßt werden sollte, nicht freizugeben.“¹³

Insofern verfolgten die drei Missionen, die der Staatsminister im Bundeskanzleramt, Hans-Jürgen Wischnewski, während der folgenden vierzehn Tage in die genannten Länder unternahm, nur ein Ziel: den Gewinn zusätzlicher Fahndungszeit¹⁴. Allerdings zwang das Drohpotential der Terroristen die Bundesregierung, unter massivem Zeitdruck ernsthaft mit den genannten Ländern zu verhandeln. Das Gesprächsergebnis, auf das die Bundesregierung abzielte, war freilich den Intentionen der Entführer diametral entgegengesetzt: Den Erpressern sollte „bewiesen“ werden, daß die genannten Länder ihre Aufnahme verweigerten. So ließen sich die RAF-Häftlinge weiter in Gewahrsam halten, ohne Schleiers Leben zusätzlich zu gefährden. Dieses Ergebnis war keineswegs leicht zu erreichen, haftete doch den von Baader genannten Staaten allesamt das Stigma an, mit den von der RAF verfochtenen sozialistischen Zielen bzw. mit dem internationalen Terrorismus zu sympathisieren.

Für diese diffizile Mission, die im Geheimen durchgeführt werden musste, fand sich in Hans-Jürgen Wischnewski die ideale Besetzung. Der SPD-Bundestagsabgeordnete hatte sich während des algerischen Unabhängigkeitskrieges gegen Frankreich in den 1950er Jahren tatkräftig für die *Front de Libération Nationale* engagiert, 1961 hatte er sogar kurzzeitig die Kriegskasse der algerischen Befreiungsfront verwahrt¹⁵. Dies verschaffte ihm ein brillantes Entrée in den maghrebi-

¹¹ Dokumentation zu den Ereignissen und Entscheidungen im Zusammenhang mit der Entführung von Hanns Martin Schleyer und der Lufthansa-Maschine „Landshut“ (künftig: Dokumentation), hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bonn ²1977, S. 34 u. S. 37.

¹² Vgl. ebenda, S. 41 f. bzw. S. 16*–25*.

¹³ Ebenda, S. 18. Wischnewski berichtet rückblickend, er habe gemäß Schmidts Auftrag, das „Udenkbare“ zu überlegen, kurzzeitig erwogen, zum Schein auf ein Austauschgeschäft einzugehen, sofern nach Schleiers Freilassung die erneute Verhaftung der Freigeprägten im Ausland sichergestellt sei. Dieses letztlich unrealistische Gedankenspiel habe der Kanzler indes kategorisch verworfen. Vgl. Hans-Jürgen Wischnewski, *Mit Leidenschaft und Augenmaß*. In Moga-dischu und anderswo. Politische Memoiren, München 1989, S. 206.

¹⁴ Vgl. ebenda, S. 207.

¹⁵ Zu Wischnewskis Algerien-Engagement vgl. ebenda, S. 105–123, bes. S. 110 ff.; ferner Claus Leggewie, *Kofferträger*. Das Algerien-Projekt der Linken im Adenauer-Deutschland, Berlin

nischen, später in den gesamten arabischen Raum, den der rührige Wischnewski geschickt für sein Land und seine Partei auszubauen verstand¹⁶. Auch ohne Regierungsamt, aber in wichtigen Parteifunktionen tätig¹⁷, hatte Wischnewski regen Anteil an der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zu den arabischen Staaten¹⁸, die 1965 mit Bonn gebrochen hatten, nachdem es zwischen der Bundesrepublik und Israel zum Austausch von Botschaftern gekommen war. Zudem hatte er im September 1970 Erfahrungen als internationaler Krisenmanager gesammelt, als Terroristen der *PFLP* (*Popular Front for the Liberation of Palestine*) drei Zivilflugzeuge, u. a. mit deutschen Geiseln, nach Amman entführten¹⁹. Nicht umsonst hatte Willy Brandt für Wischnewski den Spitznamen „Ben Wisch“ geprägt²⁰.

Neben profunder außenpolitischer Erfahrung und internationaler Vernetzung besaß Wischnewski ein enges Vertrauensverhältnis zum Bundeskanzler. Schmidt hatte Wischnewski 1976 nach nur zweijähriger Tätigkeit als Staatsminister im Auswärtigen Amt ins Bundeskanzleramt berufen. Zusammen mit dem Chef des Bundeskanzleramts, Manfred Schüler, und dem Leiter des Bundespresseamts, Klaus Bölling, bildete der Staatsminister Schmidts legendäres „Kleeblatt“, also dessen „Küchenkabinett“ und engsten Beraterkreis²¹.

Daß Baader neben Vietnam Algerien als bevorzugtes Aufnahmeland nannte, lag an der konstitutiven Bedeutung, die der Algerien-Krieg als blutiges Kolonialabenteuer für die Entstehung der „Neuen Linken“ in der Bundesrepublik bzw. der Studentenbewegung hatte, aus deren Radikalisierung die RAF hervorgegangen war²²; im Algerienkrieg hatte sich in den Augen der Linken der vermeintlich systemimmanente imperialistisch-repressive Charakter des kapitalistischen Systems entlarvt. Zudem galt der Maghreb-Staat als Zufluchtsort des internationalen

1984, S. 145–164; Jean-Paul Cahn, *Le parti social-démocrate allemand face à la guerre d'Algérie (1958–1962)*, in: *Revue d'Allemagne et des Pays de Langue allemande* 31 (1999), S. 589–602, hier S. 596 ff.

¹⁶ Generalkonsul von Nostitz, Algier, vermerkte am 24. 8. 1962, Wischnewski habe als Oppositionsabgeordneter weiter gehen können als der zur Rücksichtnahme auf Frankreich verpflichtete Auswärtige Dienst: „Sein Wirken ist für uns ein erster Brückenschlag“. In: Siegfried von Nostitz, *Algerisches Tagebuch 1960–1962*, Düsseldorf 1971, S. 196.

¹⁷ 1968–1972 war Wischnewski SPD-Bundesgeschäftsführer, 1979–1982 stellvertretender SPD-Vorsitzender. Von 1966–1968 hatte er das Entwicklungshilfeministerium geleitet.

¹⁸ Vgl. DB Nr. 117 des Botschaftsrats (BR) Nowak, Beirut, 27. 3. 1972, bzw. Schreiben des Bundesministers (BM) Scheel an Bundeskanzler Brandt, 30. 3. 1972, in: AAPD 1972, bearb. von Mechthild Lindemann, Daniela Taschler und Fabian Hilfrich, München 2003, Dok. 76 u. 79.

¹⁹ Vgl. Wischnewski, *Leidenschaft*, S. 127–138.

²⁰ Vgl. ebenda, S. 123; ferner AAPD 1973, bearb. von Matthias Peter, Michael Kieninger, Michael Ploetz, Mechthild Lindemann und Fabian Hilfrich, München 2004, Dok. 209, S. 1095.

²¹ Vgl. Helmut Schmidt, *Weggefährten. Erinnerungen und Reflexionen*, Berlin 1996, S. 494 f.; Kay Müller/Franz Walter, *Graue Eminenzen der Macht. Küchenkabinette in der deutschen Kanzlerdemokratie. Von Adenauer bis Schröder*, Wiesbaden 2004, S. 121 f.

²² Vgl. dazu Christoph Kalter, *Das Eigene im Fremden. Der Algerienkrieg und die Anfänge der Neuen Linken der Bundesrepublik*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 55 (2007), S. 142–161.

Terrorismus. Am 22. Dezember 1975, dem Tag nach dem Überfall auf die OPEC-Zentrale in Wien, hatten sich die verantwortlichen Terroristen, darunter Ilich Ramírez Sánchez („Carlos“) und Hans-Joachim Klein, mit ihren Geiseln nach Algerien abgesetzt. Dort hatten sie alle Geiseln freigelassen und sich den Behörden gestellt²³. Ungehindert konnten sie das Land verlassen²⁴. In der Bundesregierung war bekannt, daß „Carlos“ mit einem Komplizen Anfang September 1976 von Algerien über Belgrad in den Irak ausgereist war²⁵.

Angesichts dieser Vorgeschichte schien es nicht ausgeschlossen, daß die algerische Regierung den RAF-Häftlingen sicheren Unterschlupf gewähren könnte. Entsprechend delikats blieb Wischnewskis erste Reise, die am 14. September 1977 mit einem Motorschaden des Flugzeugs und einer Notlandung auf einem französischen Militärflughafen zunächst unter keinem guten Stern stand, dann aber doch zum Ziel in Algerien führte²⁶. Dort wurde Wischnewski von seinem alten Bekannten Mouloud Kassem freundlich empfangen, dem Staatsminister für religiöse Angelegenheiten und in den 1950er Jahren stellvertretendem Leiter der inoffiziellen Vertretung der algerischen Exilregierung in Bonn. Das Gespräch mit Staatspräsident Boumedienne dagegen verlief komplizierter als erwartet. Dieser war ungehalten, weil sein Land in der Bundesrepublik terroristischer Sympathien bezichtigt wurde. Boumedienne hatte kurz zuvor den nun in der Gewalt der RAF befindlichen Arbeitgeberpräsidenten nach Algerien eingeladen und fürchtete jetzt, die Bundesregierung werde seinem Land die Schuld an Schleyers Tod zuschieben, falls die Freipressung der RAF-Häftlinge an der Weigerung Algeriens scheitern würde, die Inhaftierten aufzunehmen²⁷. Nur zögerlich rang sich Boumedienne zu einer verklausulierten Entscheidung durch. Am 24. September teilte er Wirtschaftsminister Hans Friderichs und dessen designiertem Nachfolger Otto Graf Lambsdorff mit, „daß sich für die algerische Regierung die Frage der Aufnahme der deutschen Terroristen nicht stelle, solange kein förmlicher Wunsch der Bundesregierung vorliege. Selbst wenn ein solcher Antrag käme, müsse er sorgfältig abwägen zwischen Algeriens Reputation im Ausland und den Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland.“²⁸

²³ Vgl. „Die Terroristen von Wien wollen die Nahost-Staaten zu einer extremistischen Politik zwingen“, und „Die Terroristen von Wien in Algerien“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23. bzw. 24. 12. 1975, S. 1.

²⁴ Vgl. „Algerien läßt OPEC-Terroristen frei“, in: Süddeutsche Zeitung vom 2. 1. 1976, S. 1, sowie die Aufzeichnung des Botschafters Grabert, Wien, vom 26. 1. 1976, in: PA-AA, B 83 Ref. 511, Bd. 1006.

²⁵ Vgl. Telefonat des Bundeskanzlers Schmidt mit Frankreichs Präsident Giscard d'Estaing, 8. 9. 1976, in: AAPD 1976, bearbeitet von Matthias Peter, Michael Ploetz und Tim Geiger, München 2007, Dok. 279, S. 1283.

²⁶ Vgl. dazu Wischnewski, Leidenschaft, S. 186 u. S. 207.

²⁷ Vgl. ebenda, S. 208.

²⁸ Aufzeichnung über ein Gespräch des Bundeswirtschaftsministers Friderichs mit Präsident Boumedienne am 24. 9. 1977, in: PA-AA, Ref. 311, Bd. 119905; vgl. ferner Drahterlaß (DE) Nr. 861 des Staatssekretär (StS) van Well an BM Genscher, z. Z. New York, 29. 9. 1977, in: PA-AA, VS-Bd. 531 (014), B 150, Aktenkopien 1977.

Erneute Zweifel an der algerischen Standfestigkeit im Anti-Terror-Kampf keimten auf, als am 28. September 1977 Angehörige der japanischen „Roten Armee“ ein Passagierflugzeug der *Japan Airlines* entführten und nach einem Irrflug über Dhaka, Kuwait und Damaskus am 4. Oktober nach Algier lenkten. Anders als die Bundesregierung erklärte sich Japan bereit, den Forderungen der Kidnapper zu entsprechen, d. h. Lösegeld zu zahlen und neun inhaftierte Terroristen freizulassen²⁹. Zwar wußte Bonn, daß Algerien auf ausdrückliche Bitte der japanischen Regierung handelte, während alle anderen 26 von Tokio befragten Länder den Hijackern Überflug- und Landegenehmigungen versagt hatten³⁰. Gleichwohl konterkarierte dieser Präzedenzfall die unnachgiebige Linie der Bundesregierung im Fall Schleyer, der eindringlich für ein ähnliches Vorgehen in seiner Sache plädierte³¹. Die Sorge um das Leben des Entführten bewog Bonn dazu, sich dem Ansinnen von Briten und Amerikanern zu entziehen, gemeinsam in Algier zu demarchieren, da das Land zur Zufluchtsstätte von Terroristen zu werden drohe³².

Bundeskanzler Schmidt empfand die Haltung Algeriens dennoch als „zweideutig“³³ und sah das Land „als Stützpunkt oder organisatorischer Rückhalt“ der deutschen Terroristen³⁴. Das Bundesinnenministerium teilte diese Auffassung und erwog nach Schleyers Ermordung sogar eine Einschränkung oder Einstellung der Polizeihilfe für Algerien³⁵. Als Regierungssprecher Klaus Bölling dem Mittelmeerstaat nach Pressemeldungen über die Freilassung der japanischen Flugzeugentführer Kooperation mit dem internationalen Terrorismus vorwarf, drohte eine ernsthafte Verschlechterung des bilateralen Verhältnisses³⁶.

Wischnewski versuchte dem nach der Befreiung der „Landshut“ entgegenzuwirken, indem er am 22. Oktober im ZDF verkündete, die Bundesrepublik habe kei-

²⁹ Vgl. „Tokio beugt sich den Luftpiraten“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 30. 9. 1977, S. 1. Zum Verlauf der JAL-Entführung vgl. AAPD 1977, Dok. 302, S. 1446 f., Anm. 7.

³⁰ Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Ernst-Jörg von Studnitz, 4. 10. 1977, in: PA-AA, VS-Bd. 531 (014), B 150, Aktenkopien 1977.

³¹ Wiedergabe des Briefes von Schleyer vom 8. 10. 1977, in: Dokumentation, S. 77 f.

³² Aufzeichnung von Studnitz, 7. 10. 1977, in: PA-AA, VS-Bd. 531 (014), B 150, Aktenkopien 1977. Botschafter Michael Jovy, Algier, prognostizierte, Algerien werde die Bundesregierung nicht im Stich lassen, „tue dies jedoch nicht mit großer Begeisterung“; vgl. Aufzeichnung von Studnitz, 10. 10. 1977, in: Ebenda.

³³ Gespräch mit dem britischen Premierminister Callaghan, 18. 10. 1977, in: AAPD 1977, Dok. 205, S. 1413.

³⁴ Gespräch mit dem spanischen Ministerpräsidenten Suárez, 3. 11. 1977, in: Ebenda, Dok. 313, S. 1503.

³⁵ Aufzeichnung des MDg Jesser vom 21. 10. 1977, in: PA-AA, Ref. 311, Bd. 119905.

³⁶ Algeriens Botschafter Mohamed Sahnoun rügte bei van Well die Pressedarstellung seines Landes und klagte, die Botschaft erhalte trotz Drohbriefen nur unzureichenden Polizeischutz. Vgl. AAPD 1977, Dok. 302, S. 1445–1447. Sahnouns Behauptung, Boumedienne habe Wischnewskis Mission „überhaupt nicht verstanden“ und dessen Anliegen erst durch telefonische Erklärungen der Botschaft begriffen (ebenda, S. 1446), wies Wischnewski in einem Schreiben an van Well vom 10. 11. 1977 zurück und erklärte sie mit der Verärgerung des Botschafters über seine Nicht-Beteiligung, in: PA-AA, Ref. 311, Bd. 119905.

nen Anlaß zur Klage über Algerien, das wertvolle Hilfe geleistet habe³⁷. Auch das Auswärtige Amt bemühte sich um Schadensbegrenzung, zumal bei einer Tagung der Sozialistischen Internationalen in Madrid aus der Umgebung des algerischen Präsidenten dem SPD-Vorsitzenden Willy Brandt und damit der Bundesrepublik Gesprächsbereitschaft über Fragen des Terrorismus signalisiert worden war. Ein derartiger, im Geschäftsbereich der Innenministerien zu führender Dialog sollte nach Meinung des Krisenstabes weiterverfolgt werden³⁸. Bundeskanzler Schmidt wandte sich schließlich direkt an Boumedienne, um Mißverständnisse auszuräumen und die offene Frage von Sicherheitskontrollen für deutsche Passagiermaschinen in Algerien zu klären³⁹. Gleichwohl führten die Implikationen des „Deutschen Herbsts“ insgesamt zu Spannungen und Belastungen in den westdeutsch-algerischen Beziehungen.

Für Libyen, das Wischnewski noch am 14. September von Algier aus besuchte, galt erstaunlicherweise das Gegenteil. Dabei war die Ausgangssituation problematischer, denn die Beziehungen zu Libyen stagnierten. Trotz florierender Wirtschaftsbeziehungen – Libyen rückte 1976 an die Spitze westdeutscher Erdöllieferanten, umgekehrt stellte die Bundesrepublik den zweitwichtigsten Handelspartner des Wüstenstaates⁴⁰ – gab es seit 1972 keine direkten Gespräche auf Leitungsebene⁴¹, obwohl Tripolis Interesse an engeren Beziehungen zu Bonn signalisierte. Angesichts der Unberechenbarkeit von Staatschef Muamar el-Ghaddafi und „einer extremen libyschen Haltung in fast allen weltpolitisch relevanten Fragen: Nahost-Konflikt, Afrika- und Dritte-Welt-Politik“, war dies wenig erstaunlich, zumal Libyen, wie die für Afrika zuständige AA-Abteilung vermerkte, „wohl nicht ganz zu Unrecht in dem Rufe steht, den internationalen Terrorismus zu unterstützen“⁴². Mehrfach klagte das libysche Außenministerium, es gebe Informationen, daß bundesdeutsche Stellen international vor Libyen als Hort des Terrorismus gewarnt hätten⁴³. Umgekehrt tat sich Libyen als treibende Kraft hervor, um auf der Konferenz der *Organization of African Unity* vom 2. bis 5. Juli 1977 in Libreville eine Verurteilung der Bundesrepublik wegen Zusammenarbeit mit dem südafrikanischen Apartheidstaat, angeblich auch im militärisch-nuklearen

³⁷ Vgl. DE Nr. 151 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Montfort an Botschaft in Algier, 25. 10. 1977, in: PA-AA, Ref. 311, Bd. 119905.

³⁸ Aufzeichnung des Ministerialdirektors (MD) Lahn, 26. 10. 1977, in: PA-AA, Ref. 311, Bd. 119905.

³⁹ DE Nr. 169 von Montfort an Botschaft in Algier, 11. 11. 1977, in: Ebenda.

⁴⁰ Schriftbericht Nr. 564 des Botschafters Neubert, Tripolis, 10. 9. 1977, in: PA-AA, Ref. 311, Bd. 119931.

⁴¹ Vgl. Aufzeichnung Jesser, 19. 12. 1977, in: AAPD 1977, Dok. 368, S. 1774.

⁴² Aufzeichnung Lahn, 6. 9. 1977, in: PA-AA, Ref. 311, Bd. 119931.

⁴³ DB Nr. 51 des Botschafters Werner, Tripolis, 7. 2. 1977, in: PA-AA, VS-Bd. 1146 (310), B 150, Aktenkopien 1977; DB Nr. 329 des Botschafters Neubert, Tripolis, 4. 9. 1977, in: PA-AA, Ref. 311, Bd. 119931. Montfort teilte der Botschaft am 29. 9. mit, Nachforschungen im AA und BMI hätten keine Anhaltspunkte für Warnungen der Bundesregierung vor Libyen ergeben. Hinter den Informationen der Libyer würden „offensichtlich gezielte Maßnahmen interessierter dritter Staaten stehen“. DE Nr. 117, in: Ebenda.

Bereich, zu erwirken⁴⁴. Ungeachtet all dessen war im Auswärtigen Amt bereits vor Wischnewskis Sondermission die Erkenntnis gereift, es könne mit Blick „auf eine mögliche Eindämmung des libyschen Störpotentials, aber auch im Interesse einer ungestörten Weiterentwicklung unserer wirtschaftlichen Beziehungen“ zweckmäßig sein, auf eine Verbesserung der bilateralen Beziehungen zu Libyen zu setzen. Dafür seien zunächst Gespräche auf Abteilungsleiter-, später auf Staatssekretärebene anzuvizieren⁴⁵.

Die Kooperationsbereitschaft von Wischnewskis Gesprächspartner, dem libyschen Innenminister Yunis Belgassem, in puncto RAF erwies sich jedenfalls als „außerordentlich groß“⁴⁶. Drei Tage nach der Kurzvisite des Staatsministers konnte Botschafter Oskar Neubert verbindlich aus Tripolis melden, „Libyen werde in keinem Falle – auch dann nicht, wenn Bundesregierung sich unter Druck der Verbrecher genötigt sehen sollte, ausdrücklich darum zu bitten, – die Verbrecher aufnehmen“⁴⁷.

Libyens Hilfe in der Stunde der Not blieb nicht ohne Folgen: Ungeachtet fort-dauernder Irritationen über die Involvierung des Landes in Aktivitäten des internationalen Terrorismus – Bundeskanzler Schmidt erklärte zu Klagen des spanischen Ministerpräsidenten Suárez über Libyens Unterstützung für den baskischen Terrorismus, „auch nach unserem Eindruck flößen erhebliche Beträge dem Terrorismus aus Libyen zu“⁴⁸ – fanden im Dezember 1977 deutsch-libysche Konsultationen auf Direktorebene statt⁴⁹. Diese Gespräche würden, so bilanzierte der Beauftragte des Auswärtigen Amts für Nah- und Mittelostpolitik, Ministerialdirigent Walter Jesser, zwar kaum „die libysche Einstellung zu wichtigen Fragen der Weltpolitik beeinflussen“, aber „sich als vertrauensbildende Maßnahmen positiv auf die bilateralen Beziehungen auswirken“; sie sollten darum fortgesetzt werden⁵⁰. Nach dem Besuch von Bundesinnenminister Gerhart Baum in Libyen im Sommer 1978 kam es offenbar zu einer weitreichenden Kooperation, nämlich einer paramilitärischen Ausbildung von Polizei und Personenschutz – gleichsam als Gegenleistung für Libyens fortgesetzte Mitwirkung beim Versuch, exterritoriale Rückzugsgebiete der RAF auszutrocknen⁵¹.

⁴⁴ Vgl. DB Nr. 514 des Botschafters Lankes, Addis Abeba, 7. 7. 1977, in: AAPD 1977, Dok. 176, S. 912–916.

⁴⁵ Aufzeichnung Lahn, 6. 9. 1977, in: PA-AA, Ref. 311, Bd. 119931.

⁴⁶ Wischnewski, Leidenschaft, S. 208.

⁴⁷ DB Nr. 354 vom 14. 9. 1977, in: PA-AA, VS-Bd. 531 (014), B 150, Aktenkopien 1977.

⁴⁸ Gespräch Schmidts mit Suárez, 3. 11. 1977, in: AAPD 1977, Dok. 313, S. 1503. Am 18. September bestellte Libyens Außenminister Treiki Botschafter Neubert ein, um „in sehr scharfer Form“ erneut Presseberichte zurückzuweisen, in denen Libyen als „Terroristenhochburg“ bezeichnet wurde. Aufzeichnung Lahn, 19. 9. 1977, in: PA-AA, VS-Bd. 11157 (311), B 150, Aktenkopien 1977.

⁴⁹ Vgl. Aufzeichnung Jesser, 19. 12. 1977, in: AAPD 1977, Dok. 368, S. 1774–1780. Allerdings intensivierte Libyen zeitgleich seine Kontakte zur DDR; vgl. Jochen Staadt, in: Libysche Hilfe für die DDR, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 21. 4. 2008, S. 5.

⁵⁰ Aufzeichnung Jesser für StS van Well, 20. 12. 1977, in: PA-AA, Ref. 311, Bd. 119931.

⁵¹ Vgl. „Deutsche Hilfe für Libyen schon 1979“ bzw. „Weshalb Gaddafi die RAF für geisteskrank hielt“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 14. 4. 2008, S. 1 u. S. 3. Der Spiegel berichtete

Am 17. September brach Staatsminister Wischniewski zu seiner zweiten Mission auf. Der Irak sollte die am wenigsten erfolgreiche Reisetation werden. Auch zu Bagdad waren die diplomatischen Beziehungen erst wenige Jahre zuvor wieder aufgenommen worden⁵². Die Bundesrepublik gehörte zwar zu den wichtigsten industriellen Lieferanten des Zweistromlands, doch gab es trotz positiver wirtschaftlicher Entwicklung politisch wenig Berührungspunkte. Dem Irak falle es schwer, vermerkte das Auswärtige Amt, ein latentes Mißtrauen gegen die Bundesrepublik zu überwinden, gelte diese doch als Symbol des vom sozialistisch-nationalistischen Baath-Regime abgelehnten kapitalistischen Westen. Außerdem kreide man ihr an, daß sie eine als einseitig pro-israelisch empfundene Nahostpolitik verfolge. Umgekehrt sah man es am Rhein ungern, daß Irak als einziger arabischer Staat weiterhin durch einen Freundschaftsvertrag mit der UdSSR verbunden war⁵³. Zudem lagen Hinweise für eine Verbindung von Linksterroristen zum Irak bzw. dort beheimateten extremistischen Palästinenser-Organisationen vor: Ein „Stern“-Journalist berichtete nach Recherchen über George Habaschs PFLP, daß diese Palästinenser-Vereinigung zweifelsohne Kontakte zu den deutschen Terroristen pflege und von der Aktion gegen Schleyer gewußt habe: „Nach Entführung habe man sich über ‚das gelungene Unternehmen‘ gefreut und sich auf den Empfang der 11 Häftlinge vorbereitet, deren Freilassung Entführer forderten. Ihre Aufnahme sei in Bagdad vorgesehen.“⁵⁴ In der Tat hatten sich zwei der RAF-Führungskader, Brigitte Mohnhaupt und Peter-Jürgen Boock, im Frühjahr im Irak aufgehalten. Dort hatten sie mit Wadi Haddad, dem auf Flugzeug-Entführungen spezialisierten Leiter einer PFLP-Abspaltung, der PFLP-SC („Special Command“), die Frage erörtert, in welche Staaten die befreiten RAF-Mitglieder ausgeflogen werden könnten⁵⁵. Davon wußte Bonn allerdings nichts, als Wischniewski in den Irak aufbrach.

In Wischniewskis Memoiren, lange die einzige Quelle für die Mission im Vorfeld des bekannteren Mogadischu-Einsatzes, wird der Irak-Aufenthalt knapp geschildert. Da er, Wischniewski, nur den stellvertretenden Außenminister habe sprechen können, dessen „Kooperationsbereitschaft nicht besonders ausgeprägt war“, habe er gebeten, „uns die Antwort in zwei Tagen über die Bonner Botschaft zukommen zu lassen. Wir haben niemals eine Antwort erhalten.“ Verstärkt wird der Negativeindruck durch den Hinweis, spätere Ermittlungen hätten ergeben,

1979 von einem Geheimbesuch Gaddafis im September 1978 in der Bundesrepublik, bei dem es zu Kontakten mit dem Bundeskriminalamt gekommen sei. Vgl. „Auf Allah geschoben“, in: *Der Spiegel* vom 15. 9. 1979, S. 65 u. S. 68.

⁵² Vgl. DB Nr. 12 des StS Sachs, z. Z. Bagdad, 26. 2. 1974, in: AAPD 1974, bearb. von Daniela Taschler, Fabian Hilfrich und Michael Ploetz, München 2005, Dok. 59, S. 227 f.

⁵³ Aufzeichnung des Referats 311 vom 25. 11. 1977, in: PA-AA, Ref. 311, Bd. 119912.

⁵⁴ DB Nr. 240 des Botschafters Joy, Algier, 17. 9. 1977, in: PA-AA, VS-Bd. 14076 (010), B 150, Aktenkopien 1977.

⁵⁵ Vgl. Stefan Aust, *Der Baader-Meinhof-Komplex*, München 141998, S. 454 f.; Thomas Skelton-Robinson, *Im Netz verheddert. Die Beziehungen des bundesdeutschen Linksterrorismus zur Volksfront für die Befreiung Palästinas (1969–1980)*, in: Kraushaar (Hrsg.), *RAF*, Bd. 2, S. 828–905, hier S. 885; Peters, *Tödlicher Irrtum*, S. 427. Skelton-Robinson zufolge war Irak allerdings als Aufnahmeland verworfen worden, weil der Organisationssitz der PFLP-SC nicht gefährdet werden sollte.

daß die „Landshut“-Entführer ihre Flugtickets in Bagdad erworben haben⁵⁶. Im Licht der nun zugänglichen Botschaftsberichte stellt sich manches differenzierter dar. Deutlich wird dabei, wie überfallartig Irak mit der westdeutschen Besuchsvisite konfrontiert wurde. Zwischen 16 und 17 Uhr Ortszeit, so Botschafter Fritz Menne, sei in Bagdad die Nachricht vom in derselben Nacht bevorstehenden Besuch des Staatsministers eingegangen⁵⁷. Durchaus anerkennend schreibt Menne, die irakische Seite habe dem Besuchswunsch dennoch stattgegeben, obwohl keine Mitteilung der Botschaft aus Bonn vorgelegen habe. Der Staatssekretär im irakischen Außenministerium, Abdul Malik al-Yassin, habe mit dem Protokollchef ab 2 Uhr nachts auf die Ankunft Wischnewskis gewartet, der eine Stunde später eintraf. Da der irakische Außenminister den deutschen Gast wegen des am gleichen Tag stattfindenden Staatsbesuchs des somalischen Präsidenten Siad Barre nicht selbst empfangen konnte, führte Yassin die Gespräche mit Wischnewski⁵⁸. Nach Rücksprache mit seinem Dienstchef teilte Yassin Wischnewski kurz vor dessen Weiterflug mit, der Irak werde die vorgetragene Bitte prüfen: „Irakische Seite hoffe, Antwort werde Bundesregierung befriedigen.“⁵⁹

Als nach einigen Tagen keine diesbezügliche Nachricht vorlag, beauftragte das Kanzleramt Botschafter Menne, sich nach der irakischen Entscheidung zu erkundigen⁶⁰. Beunruhigend wirkten Gespräche der baathistischen Staatsführung mit PFLP-Generalsekretär Habasch in Bagdad, über deren Inhalt nichts in Erfahrung zu bringen war. Daß Habasch sich dabei für eine Aufnahme der elf RAF-Terroristen aussprach, schien durchaus denkbar. Hinzu kam, daß eine Tageszeitung der staatlich gelenkten irakischen Presse die Bundesrepublik als Polizeistaat anprangerte und argumentierte, „daß aus diesem Grunde intelligente Fanatiker mit starkem Vorstellungsvermögen den Guerilla-Pfad gewählt hätten“⁶¹.

Die irakische Seite zeigte sich überhaupt zunehmend weniger kooperativ. Gegenüber Menne täuschte Yassin am 27. September Unwissenheit vor: Es sei in den Gesprächen mit Wischnewski doch lediglich darum gegangen, „die irakische Seite über die Entwicklung des Falles Schleyer zu unterrichten, in dem das Land Irak ja genannt worden sei, und die irakische Seite zu einer Erklärung zu veranlassen, daß sie den Terrorismus verdamme“. Von einer Ablehnung, Häftlinge aufzunehmen, sei keine Rede gewesen, behauptete Yassin, der sich auch über das Bekanntwerden der Geheimgespräche beklagte⁶². Damit zeichnete sich das Scheitern der Gespräche ab. Zwecks Schadensbegrenzung empfahl der Botschafter eine Sprachrege-

⁵⁶ Wischnewski, Leidenschaft, S. 209.

⁵⁷ DB Nr. 169, 25. 9. 1977, in: PA-AA, VS-Bd. 531 (014), B 150, Aktenkopien 1977.

⁵⁸ Ebenda. Menne bilanzierte, die Wahrnehmung des Besuchs sei „als außerordentlich aufmerksam, prompt und effizient zu bezeichnen“. Der Staatsminister habe daher bedauert, kein Gastgeschenk mitgebracht zu haben.

⁵⁹ DB Nr. 159 von Menne, Bagdad, 18. 9. 1977, in: PA-AA, VS-Bd. 531 (014), B 150, Aktenkopien 1977.

⁶⁰ DE Nr. 87 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Peter Schönfeld, 22. 9. 1977, in: Ebenda.

⁶¹ DB Nr. 171 von Menne, Bagdad, 25. 9. 1977, in: Ebenda.

⁶² DB Nr. 173 von Menne, Bagdad, 29. 9. 1977, in: AAPD 1977, Dok. 260, S. 1265. Die auf dpa-Meldungen gestützte Nachricht über Wischnewskis Reise in den Irak und nach Südjemen

lung, die beiden Seiten half, das Gesicht zu wahren: Angesprochene Länder könnten schließlich ihre Haltung entweder explizit durch eine Erklärung, Terroristen aufzunehmen oder nicht, kundtun – oder implizit durch Schweigen. Letzteres lasse sich als fortdauernde Prüfung der Sachlage interpretieren: „Schweigen könnte für die eine Seite den Vorteil bedeuten, sich nicht ausdrücklich festlegen zu müssen, und für die andere Seite den Vorteil, daß eine Erklärung ‚Wir werden sie aufnehmen‘ nicht ergehe.“⁶³ Auf diese Notlösung rekurrierten fortan beide Seiten.

Zu diesem Zeitpunkt war der Bundesregierung noch nicht bekannt, daß etliche der gesuchten Schleyer-Entführer seit Ende September in Bagdad in unmittelbarer Nachbarschaft des Diplomatenviertels logierten⁶⁴. Dort bot ihnen der Führer der PFLP-SC, Wadi Haddad, eine „revolutionäre“ Hilfsaktion an, um die deutschen Gesinnungsfreunde aus der Sackgasse zu befreien, in die die RAF wegen der Unnachgiebigkeit der Bundesregierung im Falle der Schleyer-Entführung geraten war: eine Geiselnahme in der bundesdeutschen Botschaft in Kuwait oder die Entführung eines deutschen Passagierflugzeugs⁶⁵. Die RAF wählte die zweite Variante. Den Ausschlag dürften dabei die erhöhten Schutzvorkehrungen an Auslandsvertretungen⁶⁶, die abschreckende Erfahrung mit der Botschaftsbesetzung in Stockholm und das Kalkül gegeben haben, daß die Regierung Schmidt nicht wegen einiger Diplomaten zum Einlenken bewogen werden könne. Die Weichen für die nächste Eskalationsstufe, die Entführung der Lufthansa-Maschine „Lands hut“, wurden also bereits gestellt, als die Bundesregierung noch damit beschäftigt war, einer Aufnahme der Häftlinge im Ausland vorzubeugen.

Von Bagdad kommend, traf Wischniewski am 18. September 1977 in der Hauptstadt Südjemens ein. Der deutschen Öffentlichkeit galt die Demokratische Volksrepublik Jemen (DVRJ), zu der die Bundesrepublik am 16. September 1974 diplomatische Beziehungen aufgenommen, aber noch keinen Botschafter entsandt hatte⁶⁷, als Terroristenhort. Hier wirkte nach, daß im Frühjahr 1975 die durch die

fand Eingang in die internationale Presse; vgl. z. B. „Kidnap request to Arabs“, in: *The Guardian* vom 22. 9. 1977, S. 6.

⁶³ DB Nr. 173 von Menne, Bagdad, 29. 9. 1977, in: AAPD 1977, Dok. 260, S. 1266.

⁶⁴ Vgl. Aust, *Baader-Meinhof-Komplex*, S. 549–551; Skelton-Robinson, *Netz*, in: Kraushaar (Hrsg.), *RAF*, Bd. 2, S. 886. „Der Stern“ berichtete am 10. 11. 1977 detailliert über die Anwesenheit von RAF-Angehörigen im Irak, die nahe Bagdads von Haddads PFLP-SC für terroristische Aufgaben gedrillt würden. Vgl. „Weltweit werden wir die Deutschen jagen“, in: *Stern* vom 10. 11. 1977. Im AA wies der irakische Botschafter den Bericht als Unfug zurück und verlangte eine Distanzierung der Bundesregierung von dem Artikel. Aufzeichnung Jesser, 11. 11. 1977, in: PA-AA, Ref. 311, Bd. 119912. Allerdings reifte dort die Erkenntnis, daß nach BND-Informationen „die Darstellung im ‚Stern‘ zum Teil dem dortigen Lagebild“ entspreche. Aufzeichnung Montfort „Terroristen im Irak“, 7. 12. 1977, in: Ebenda.

⁶⁵ Vgl. Peter-Jürgen Boock, *Die Entführung und Ermordung des Hanns-Martin Schleyer. Eine dokumentarische Fiktion*, Frankfurt a. M. 2002, S. 135–146; Peters, *Tödlicher Irrtum*, S. 426.

⁶⁶ Mit Runderlaß vom 6. 10. 1977 waren alle Vertretungen zu verstärktem Schutz der Niederlassungen und der Goethe-Institute angehalten worden. Aufzeichnung von Studnitz vom 10. 10. 1977, in: PA-AA, VS-Bd. 531 (014), B 150, Aktenkopien 1977.

⁶⁷ Die Aufgaben in Aden wurden vom bundesdeutschen Botschafter im nordjemenitischen Sanaa wahrgenommen, vor Ort agierte auf Gesandtenebene lediglich ein Geschäftsträger ad interim. Im Sommer 1976 wurde angeordnet, Botschafter Franke in Sanaa möge sein Beglaubig-

Entführung des Berliner CDU-Vorsitzenden Peter Lorenz freigeprüften Straftäter in den Südjemen ausgeflogen und dort untergetaucht waren⁶⁸. Verdrängt wurde dabei, daß Aden deren Aufnahme zunächst verweigert und erst auf Bitten der Bundesregierung in der Hoffnung auf mehr Entwicklungshilfe umgeschwenkt war⁶⁹. Die Bundesrepublik hatte danach die Auslieferung nur lax betrieben: Im Mai 1975 hatte das Bundesinnenministerium in Aden ausrichten lassen, die zuständigen Länder Bayern, Nordrhein-Westfalen und Berlin wollten sich nicht zu einer Abschiebung der fünf Ex-Häftlinge in ein Drittland äußern; sie seien jedoch zu deren Rücknahme bereit⁷⁰. Daß Südjemen angesichts dieser Erklärung von einer Überstellung an die Bundesrepublik absah⁷¹, überraschte nicht, zumal die erhoffte wirtschaftliche Kompensation ausblieb⁷². Als sich die betroffenen Bundesländer nach rund einem Jahr endlich auf ein Auslieferungsgesuch einigten⁷³, teilte Aden mit, die deutschen Terroristen seien nicht mehr im Lande, bzw. hätten das von der Bundesregierung doch zunächst erbetene Asyl erhalten⁷⁴.

Die danach einsetzenden kritischen Medienberichte über Südjemen fanden, wie der scheidende Botschafter Günter Held dem jemenitischen Außenminister Mohammed Ali Muti sagte, allerdings darin ihre Berechtigung, daß Südjemen den freigeprüften Gewalttätern nicht nur sicheren Aufenthalt gewährte. Diese konnten sich in dem gegenüber westlichen Ausländern hermetisch abgekapselten Land frei bewegen und sogar eine paramilitärische Ausbildung in den Trainingscamps der PFLP absolvieren⁷⁵. So war der Süden der arabischen Halbinsel 1976 zum wichtigen Refugium für die RAF geworden, wo auch die Entscheidung über Schleiers Entführung fiel⁷⁶.

gungsschreiben für die Doppelakkreditierung im Südjemen verzögern. Aufzeichnung Montfort, 20. 8. 1976, in: PA-AA, Ref. 311, Bd. 108804.

⁶⁸ Vgl. Dahlke, Krisenbereitschaft, S. 663 ff.; Jacques Schuster, Heinrich Albertz, Der Mann, der mehrere Leben lebte, Berlin 1997, S. 294 ff.; Michael März, Die Machtprobe 1975. Wie RAF und Bewegung 2. Juni den Staat erpressten, Leipzig 2007, S. 54 ff.

⁶⁹ Vgl. DB Nr. 59 des Botschafters Held, Sanaa, 7. 3. 1975, in: AAPD 1975, Dok. 45, S. 234–236.

⁷⁰ DE Nr. 1876 des MDg Dreher, 7. 5. 1975, in: PA-AA, VS-Bd. 10797 (511), B 150, Aktenkopien 1975.

⁷¹ DB Nr. 152 von Held, Sanaa, 11. 5. 1975, in: Ebenda.

⁷² In einem Protokoll mit der südjemenitischen Regierung hatte das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit im Dezember 1974 Entwicklungshilfe und ein Rahmenabkommen über technische bzw. Kapitalhilfe in Höhe von 10 Millionen DM für 1975 in Aussicht gestellt; vgl. Aufzeichnung des MDg Dreher vom 3. 2. 1975, in: PA-AA, VS-Bd. 10767 (501), B 150, Aktenkopien 1975. Angesichts des ausbleibenden Vertragsabschlusses beklagte Aden, die Bundesregierung habe offenbar das Interesse am Jemen verloren. Vgl. DB Nr. 208 von Held, Sanaa, 3. 6. 1976, in: AAPD 1976, Dok. 174, S. 807 f.

⁷³ Aufzeichnung Dreher vom 3. 2. 1976, in: PA-AA, VS-Bd. 10797 (511), B 150, Aktenkopien 1976. Durch die alliierten Vorbehaltsrechte der Drei Mächte in bezug auf Berlin kam es zu weiteren Verzögerungen; vgl. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Lücking vom 16. 1. 1976, in: AAPD 1976, Dok. 11, S. 45–48.

⁷⁴ Vgl. DB Nr. 11 von Held, Aden, 2. 2. 1976, in: Ebenda, Dok. 25, S. 100 f.

⁷⁵ Vgl. DB Nr. 208 von Held, Sanaa, 3. 6. 1976, in: Ebenda, Dok. 174, S. 808.

⁷⁶ Vgl. Skelton-Robinson, Netz, in: Kraushaar (Hrsg.), RAF, Bd. 2, S. 882 f.; Tobias Wunschik, Baader-Meinhofs Kinder. Die zweite Generation der RAF, Opladen 1997, S. 246.

Der Reputation Südjemens in der Bundesrepublik war ferner abträglich, daß Aden sich eindeutig im Ostblock verortete, arbeitete man doch eng mit der Sowjetunion und der DDR zusammen. Ost-Berlin gewährte großzügige Kredite und eine „Solidaritätshilfe“ von mehr als 10 Millionen Mark⁷⁷. Bezeichnenderweise hatte das für internationale Beziehungen zuständige SED-Politbüromitglied Werner Lambertz den Südjemen unmittelbar vor Wischnewski besucht⁷⁸. Zudem gab es Hinweise auf Verbindungen zwischen dem im Jemen einflußreichen Geheimdienst der DDR und untergetauchten westdeutschen Linksterroristen⁷⁹, ohne daß Bonn bereits das im vollen Umfang erst nach dem Zusammenbruch der DDR bekanntgewordene Ausmaß an Stasi-Unterstützung für die RAF⁸⁰ durchschaute.

Bei Wischnewskis Stippvisite erwies sich die starke DDR-Präsenz in Aden allerdings als hilfreich, erkrankte doch der Pilot der Bundeswehrmaschine schwer an einer Fischvergiftung. Der um Hilfe gebetene DDR-Botschafter Günter Scharfenberg arrangierte eine effiziente medizinische Behandlung, die dem Piloten das Leben rettete⁸¹. Vor Wischnewskis Rückkehr nach Bonn am 20. September hatte Südjemens Außenminister dezidiert dargelegt, nach den ungunstigen Erfahrungen bei der Lorenz-Entführung werde sein Land auf keinen Fall jemanden aufnehmen. In Bonn, wo am 9. Oktober nochmals eine entsprechende ausdrückliche Erklärung Adens einging⁸², vernahm man dies mit Genugtuung.

⁷⁷ Aufzeichnung vom 1. 4. 1977, „Stand der bilateralen Beziehungen DDR – VDRJ“, in: PA-AA, Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR (MfAA), ZR 2380/79; Schriftbericht der bundesdeutschen Vertretung vom 18. 6. 1977, in: PA-AA, Ref. 311, Bd. 119926. Am 2. 9. 1977 informierte der Vorsitzende des DDR-Ministerrats, Willi Stoph, seinen südjemenitischen Kollegen Ali Nasser Mohammed, daß die DDR der Verschiebung des Rückzahlungstermins des 1974 gewährten Kredites auf 1980 zugestimmt habe, in: PA-AA, MfAA, Bd. 2360/79.

⁷⁸ Aufzeichnung vom 17. 9. 1977 über ein Gespräch von Lambertz mit Politbüromitglied und VDRJ-Minister Abdel Aziz Abdul Walli am 16. 9. 1977, in: Bundesarchiv Berlin, Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der ehemaligen DDR (künftig: SAPMO), DY/30/IVB2/20/124. Lambertz hatte sich bereits von 11. bis 13. 6. 1977 im Südjemen aufgehalten; vgl. Dokumente zur Außenpolitik der DDR 1977. Bd. 1, Berlin (Ost) 1978, S. 645, und erneut am 5. und 9. Dezember; vgl. „Bericht über den Aufenthalt des Sonderbotschafters“ Lambertz vom 16. 12. 1977, in: SAPMO, DY/30/IVB2/20/124.

⁷⁹ Botschafter Held berichtete am 3. 6. 1976, „daß zuverlässige europäische Diplomatenfrau eine der Terroristinnen in Begleitung geheimdienstlichen Mitglieds DDR-Botschaft Aden mit Sicherheit in öffentlichem Club in Aden gesehen haben will“. Vgl. DB Nr. 208, in: AAPD 1976, Dok. 174, S. 808.

⁸⁰ Vgl. dazu Michael Müller/Andreas Kanonenberg, Die RAF-Stasi-Connection, Berlin 1992; Martin Jander, Differenzen im antiimperialistischen Kampf. Zu den Verbindungen des Ministeriums für Staatssicherheit mit der RAF und dem bundesdeutschen Linksterrorismus, in: Kraushaar (Hrsg.), RAF, Bd. 1, S. 696–713; Tobias Wunschik, Baader-Meinhof international?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 40–41 (2007), S. 23–29; Jochen Staadt, Eine deutsche Waffenbrüderschaft, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 5. 10. 2007, S. 12. Unter Ideologie-Aspekten Michael Ploetz, Mit RAF, Roten Brigaden und Action Directe. Terrorismus und Rechtsextremismus in der Strategie von SED und KPdSU, in: Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat 7 (2007), S. 117–144.

⁸¹ Vgl. Wischnewski, Leidenschaft, S. 209.

⁸² Aufzeichnung von Studnitz, 10. 10. 1977, in: PA-AA, VS-Bd. 531 (014), B 150, Aktenkopien 1977.

Eine ebenso eindeutige Ablehnung erwirkte Wischnewski bei seiner letzten Mission in Südostasien. Dabei hatten die Stammheim-Häftlinge große Hoffnungen auf Vietnam gesetzt, schließlich besaß der Vietnamkrieg für ihr Weltbild und ihre Politisierung eine herausragende Bedeutung⁸³. Die Bundesregierung hatte die Visite in Hanoi bis zuletzt verzögert⁸⁴, waren doch die Beziehungen zum kommunistischen Vietnam noch gänzlich ungefestigt⁸⁵. Noch im Frühjahr 1977 hatte die Bundesregierung entschieden, Vietnam lediglich technische Hilfe in Höhe von drei Millionen DM, nicht aber die von Hanoi gewünschte Kapitalhilfe zu gewähren⁸⁶. Gleichwohl hoffte die vietnamesische Seite auf ein größeres wirtschaftliches Engagement Westdeutschlands⁸⁷.

Am 25. September 1977 unterrichtete Wischnewski den vietnamesischen Botschafter wenige Stunden vor Abflug seiner Maschine über den Zweck der Reise⁸⁸, während Bonns Botschafter in Hanoi, Peter Scholz, trotz Nachfrage nicht ins Bild gesetzt wurde⁸⁹. Man hatte ihn lediglich angewiesen, die Ankunft des Staatsministers in 25 Stunden flugtechnisch vorzubereiten und „an höchstmöglicher Stelle Gesprächstermin für Dienstag, 26. 9. zu vereinbaren“⁹⁰. Begründet (oder verschleiert) wurde das überstürzte Gesuch mit der Diskussion aktueller Fragen, weil die Bundesregierung befürchtete, ihr Anliegen könne ansonsten im Vorfeld abgewiesen werden. In überzogener Hoffnung auf ein wirtschaftliches Hilfsangebot stimmte die vietnamesische Seite dem Besuch Wischnewskis zu. Als sie aber durch ihre Bonner Vertretung die Hintergründe des Blitzbesuches erfuhr, war Enttäuschung vorprogrammiert. Insofern gaben nicht nur widrige Wetterverhält-

⁸³ Vgl. Martin Klimke/Wilfried Mausbach, Auf der äußeren Linie der Befreiungskriege. Die RAF und der Vietnamkonflikt, in: Kraushaar (Hrsg.), RAF, Bd. 1, S. 620–643. Wischnewskis Vietnam-Mission wird dort nicht erwähnt.

⁸⁴ Das Bundeskriminalamt teilte den Schleyer-Entführern am 25. 9. 1977 die Nichtaufnahmeabsicht Libyens und Südjemens mit; Algerien und Irak hätten noch nicht endgültig entschieden. Die Befragung des, wie es fälschlich hieß, „von Baader letztgenannten Landes Vietnam“ sei eingeleitet; vgl. Dokumentation, S. 63.

⁸⁵ Die Bundesrepublik und die Demokratische Republik Vietnam (Nordvietnam) nahmen am 23. 9. 1975 diplomatische Beziehungen auf; vgl. AAPD 1975, Dok. 82 und Dok. 271. Dieses Datum galt nach der Vereinigung von Nord- und Südvietnam 1976 als Beginn der diplomatischen Beziehungen zur Sozialistischen Republik Vietnam; vgl. AAPD 1976, Dok. 239.

⁸⁶ Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrat I. Klasse Oldenkott, Bundeskanzleramt, 17. 3. 1977, in: Archiv der sozialen Demokratie, Bonn-Bad Godesberg, Helmut-Schmidt-Archiv 1/HsAA 008695.

⁸⁷ Aufzeichnung „Deutsch-vietnamesische Beziehungen“, November 1977, in: PA-AA, Ref. 302, Bd. 105191.

⁸⁸ DB Nr. 114 des Botschafters Scholz, Hanoi, 10. 10. 1977, in: PA-AA, VS-Bd. 531 (014), B 150, Aktenkopien 1977; vgl. Wischnewski, Leidenschaft, S. 210.

⁸⁹ Studnitz vermerkte am 14. 10. 1977, das im AA beim Fall Schleyer federführende Büro Staatssekretäre sei nicht befugt gewesen, den Botschafter über den Reisezweck zu unterrichten, „da es sich um eine vom Bundeskanzleramt durchgeführte Mission handelte, deren Inhalt geheim bleiben sollte“. PA-AA, VS-Bd. 11185 (340), B 150, Aktenkopien 1977.

⁹⁰ DE Nr. 68 des StS van Well, in: PA-AA, VS-Bd. 531 (014), B 150, Aktenkopien 1977. Scholz antwortete, die Landung von Wischnewskis Boeing 707 sei in Nordvietnam technisch unmöglich. DB Nr. 87, in: PA-AA, VS-Bd. 531 (014), B 150, Aktenkopien 1977.

nisse und technische Probleme den Ausschlag dafür, Wischnewski am 27. September nicht in Hanoi, sondern protokollarisch niedriger in Ho-Chi-Minh-Stadt, dem vormaligen Saigon, zu empfangen⁹¹. Wischnewskis Gesprächspartner, der zweite Bürgermeister Lê Quang Chan, zuvor Staatssekretär im Außenministerium der Provisorischen Revolutionsregierung Südvietnams, stellte nach Rücksprache mit Hanoi klar, daß Vietnam eine Aufnahme der westdeutschen Linksextremisten ablehne, „auch wenn welche dabei sein sollten, die früher schon einmal für uns demonstriert haben“⁹². Dieses Votum war der Bundesregierung hochwillkommen. Botschafter Scholz bilanzierte, falls die Terroristen auf Asyl in Vietnam gehofft hätten, zeuge dies „von deren totaler Unkenntnis hiesigen Regimes, das zwar in sozialistischer Solidarität in seinen Proklamationen auch Revolutionäre in kapitalistischen Ländern ermuntert, das aber nie Kriminelle in seinem Staatsgebiet und seiner Ordnung tolerieren würde und das bei allem Bekenntnis zum Sieg des Sozialismus über die kapitalistischen Länder von diesen vorerst Hilfe erwartet“⁹³.

Über den Schweizer Rechtsanwalt Denis Payot ließ die Bundesregierung am 30. September den Schleyer-Entführern mitteilen, keines der von Baader genannten Länder sei zur Aufnahme der elf Häftlinge bereit⁹⁴. Allerdings hatte bereits drei Tage zuvor Jan-Carl Raspe in Stammheim Angola, Mosambik, Guinea-Bissau und Äthiopien als weitere potentielle Ausreiseländer genannt⁹⁵. Zu Missionen in diese Ländern kam es aber nicht mehr, denn die mit der PFLP vereinbarte Entführung einer deutschen Passagiermaschine wurde kurz darauf zur Nagelprobe im Ringen mit der terroristischen Herausforderung.

II) Die Entführung der „Landshut“

Am 13. Oktober 1977, 14.38 Uhr MEZ, meldete die Flugsicherung im südfranzösischen Aix-en-Provence eine Routenabweichung der Lufthansa-Maschine „Landshut“, die 86 Passagiere und fünf Besatzungsmitglieder von Palma de Mallorca nach Frankfurt am Main befördern sollte. Der seit der Schleyer-Entführung permanent tagende Bonner Krisenstab ging sofort von einem weiteren Gewaltakt der RAF aus. Gegen 17 Uhr brachte die von den „Landshut“-Entführern via Tower in Mailand übermittelte Forderung nach „Freilassung aller in der Bundesrepublik inhaftierten ‚Kameraden‘“ darüber Gewißheit⁹⁶.

⁹¹ Vgl. DB Nr. 99 des Botschafters Scholz, Hanoi, 29.9. 1977, in: AAPD 1977, Dok. 266, S. 1293 f. Da sich die vietnamesische Einfluggenehmigung verzögerte, mußte Wischnewski auf dem US-Stützpunkt Andersen Air Force Base auf der Insel Guam zwischenlanden, pikanterweise eine jener Luftbasen, welche amerikanische Bomberverbände während des Vietnamkrieges genutzt hatten. Vgl. Wischnewski, Leidenschaft, S. 210 f.

⁹² Ebenda, S. 211; DE Nr. 861 des StS van Well an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Lewalter, z. Z. New York, 29. 9. 1977, in: PA-AA, VS-Bd. 531 (014), B 150, Aktenkopien 1977.

⁹³ DB Nr. 99 des Botschafters Scholz, Hanoi, 29. 9. 1977, in: AAPD 1977, Dok. 266, S. 1295.

⁹⁴ Vgl. Dokumentation, S. 71.

⁹⁵ Vgl. ebenda, S. 67.

⁹⁶ Vgl. ebenda, S. 85 f.

Bundesinnenminister Werner Maihofer telefonierte daraufhin mit seinem italienischen Amtskollegen Francesco Cossiga, denn die gekaperte Boeing 737 stand seit 15.45 Uhr auf dem römischen Flughafen Fiumicino⁹⁷. Die Bundesregierung erwartete vom NATO- und EG-Partner aktive Unterstützung ihrer harten Anti-Terror-Politik. Maihofer drängte darauf, den Start der entführten Maschine mit allen Mitteln zu verhindern – sei es durch die Blockierung der Startbahn, die zögerlich eingeleitet wurde, oder ein Zerschneiden der Reifen beim Start. Daran dachte der italienische Christdemokrat, wie er anderntags Botschafter Hans Arnold darlegte, zu keiner Zeit: Da die Flughafenverwaltung dem Verlangen der Kidnapper, die Maschine aufzutanken, eigenmächtig entsprochen hatte, hätte eine Beschießung des startenden Flugzeugs leicht zu einer Explosion und damit einem Blutbad unter den Passagieren führen können⁹⁸. Unbehelligt hob die „Landshut“ um 17.42 Uhr Richtung Zypern ab.

Cossigas Rechtfertigung vermochte nicht zu überzeugen⁹⁹. Zu offensichtlich war Italiens Bestreben, das entführte Flugzeug schnellstmöglich loszuwerden, zu durchsichtig erschien das Kalkül, nicht durch einen energischen Zugriff selbst ins Fadenkreuz des internationalen Terrorismus zu geraten. Bundeskanzler Schmidt rügte daher die „negativen Erfahrungen“ mit Italien, das aus Furcht vor Habaschs PFLP eingeknickt sei¹⁰⁰. Ähnlich harsch urteilte die Opposition¹⁰¹.

Letztlich überschätzte die Bundesrepublik das Ausmaß europäischer Solidarität und Risikobereitschaft, während sie gleichzeitig die fortdauernde Wirkmächtigkeit antideutscher Ressentiments aus Weltkriegstagen unterschätzte. Denn während sich Westdeutschland über Italiens mangelnde Kooperationsbereitschaft ereiferte, war dort umgekehrt die Empörung über die zwei Monate zurückliegende Flucht des verurteilten Kriegsverbrechers Herbert Kappler¹⁰² aus italienischer Haft noch keineswegs abgeklungen. Mit Verweis auf das Aus-

⁹⁷ Vgl. ebenda, S. 86 f.

⁹⁸ DB Nr. 1500 des Botschafters Arnold, 14. 10. 1977, in: PA-AA, VS-Bd. 10023 (312), B 150, Aktenkopien 1977.

⁹⁹ Nach Arnold seien die Darlegungen des italienischen Innenministers „von Unbehagen und Verlegenheit geprägt“ gewesen. DB Nr. 1500, 14. 10. 1977, in: Ebenda.

¹⁰⁰ Gespräch Schmidts mit Premierminister Callaghan, 17. 10. 1977, in: AAPD 1977, Dok. 295, S. 207. Die Drahtzieherschaft von Haddads PFLP-Splittergruppe war Schmidt zu diesem Zeitpunkt unbekannt, ebenso das Schisma zwischen Habasch und Haddad. Cossiga hatte Arnold erklärt, Italiens gute Beziehungen zur PLO, zu Habasch und zum israelischen Geheimdienst Mossad für die Lösung der Angelegenheit nutzen zu wollen; DB Nr. 1500, 14. 10. 1977, in: PA-AA, VS-Bd. 10023 (312), B 150, Aktenkopien 1977.

¹⁰¹ Vgl. Walther Leisler Kiep, Was bleibt, ist große Zuversicht. Erfahrungen eines Unabhängigen. Ein politisches Tagebuch, Berlin/Wien 1999, S. 207 (Eintrag vom 17. 10. 1977).

¹⁰² SS-Obersturmbannführer Kappler hatte am 24. 3. 1944 die als Vergeltung für einen Partisanenanschlag befohlene Erschießung von 320 italienischen Geiseln in den Ardeatinischen Gräben durchführen lassen. Am 20. 7. 1948 wurde er in Italien zu lebenslanger Haft verurteilt, weil er dabei die Ermordung 15 weiterer Geiseln anordnete. Seit 1955 setzten sich alle Bundesregierungen für Kapplers Begnadigung ein. Vgl. Gespräch Schmidts mit dem italienischen Ministerpräsidenten Andreotti, 18. 1. 1977, in: AAPD 1977, Dok. 7, S. 32 f.

lieferungsverbot des Grundgesetzes verweigerte die deutsche Justiz eine Rücküberstellung des entflohenen Sträflings¹⁰³. Angesichts der historischen Reminiszzenzen war Italiens Zustimmung zu einem von Deutschen verantworteten oder gar in deutscher Regie durchgeführten Anti-Terror-Einsatz in Rom im Grunde unvorstellbar.

Nach der Landung der „Landshut“ in Larnaka setzte sich Innenminister Maihofer mit dem als Außenminister amtierenden zyprischen Finanzminister Andreas Patsalides in Verbindung. Dabei dürfte auch ein Einsatz der GSG-9 erörtert worden sein¹⁰⁴. Die auf Anti-Terror-Kampf spezialisierte Einheit des Bundesgrenzschutzes war bereits zur Verfolgung der „Landshut“ losgeschickt worden¹⁰⁵. Inzwischen lagen auch erste Angaben über die Flugzeugentführer vor: Dank eines in die Positionsmeldung eingestreuten Hinweises von „Landshut“-Kapitän Jürgen Schumann stand fest, daß es sich um zwei Frauen und zwei Männer handelte¹⁰⁶. Auch wenn deren Identität unbekannt blieb, gab es frühzeitig Hinweise darauf, daß Palästinenser an der Aktion beteiligt waren. Am Flughafen Larnaka versuchte daher neben der zyprischen Regierung und der bundesdeutschen Botschaft ein Vertreter der Palästinensischen Befreiungsbewegung (PLO), die Entführer zum Aufgeben zu bewegen, und zwar mit dem Argument, ihre Aktion schade der palästinensischen Sache¹⁰⁷. Jassir Arafats Organisation, die sich zur Verbesserung ihrer Reputation seit geraumer Zeit von Flugzeugentführungen distanzierte, ließ der Bundesregierung zudem über ihren Repräsentanten in Bonn ausrichten, sie stehe in keinerlei Verbin-

¹⁰³ Am 14./15. 8. 1977 gelang Kappler die Flucht aus dem Militärhospital in Rom. Ein Treffen zwischen Bundeskanzler Schmidt und Ministerpräsident Andreotti wurde daraufhin verschoben. Vgl. Aufzeichnung des MD Ruhfus, Bundeskanzleramt, 6. 9. 1977, in: AAPD 1977, Dok. 236, S. 1167–1170. Zur empörten Reaktion der italienischen Presse auf den Fall Kappler vgl. DB Nr. 1169 des Botschafters Arnold, 17. 8. 1977, in: PA-AA, Ref. 203, Bd. 110235.

¹⁰⁴ Vgl. Dokumentation, S. 87. Außenminister Genscher besuchte zu diesem Zeitpunkt die Volksrepublik China; vgl. AAPD 1977, Dok. 285, S. 1379–1385.

¹⁰⁵ Vgl. Dokumentation, S. 87; nach Aust, Baader-Meinhof-Komplex, S. 597, erreichte die GSG-9 Zypern erst nach Abflug der „Landshut“. Regierungssprecher Bölling hatte in der Nacht des 13. 10. 1977 mitgeteilt, die Einheit werde nur mit Einverständnis der Regierung vor Ort eingesetzt; vgl. „Bölling: Wir suchen eine Lösung der Menschlichkeit“, in: Die Welt vom 15./16. 10. 1977, S. 1.

¹⁰⁶ Vgl. Dokumentation, S. 87 u. S. 76*. In populären Darstellungen werden demgegenüber die späteren Signalzeichen des Piloten hervorgehoben: Während des Aufenthalts in Dubai vom 14. bis 16. Oktober schmuggelte Schumann vier unbenutzte Zigarren in nach außen transportierte Abfallbehälter und orderte vier Zeitungen, „jeweils zwei von unterschiedlichen Sorten“, um Aufschluß über die Entführer zu geben. „Der Herbst der Terroristen“, in: Der Spiegel vom 29. 9. 1997, S. 175.

¹⁰⁷ Vgl. „Macht keinen Quatsch – das schadet nur unserer Sache“, in: Die Welt vom 15./16. 10. 1977, S. 3. Der PLO-Vertreter mußte sich als „Feigling und Verräter“ beschimpfen lassen. Ein Hinweis auf die palästinensische Identität war die Aussage des sich als „Captain Mahmoud“ bezeichnenden Leiters des Entführungskommandos, Zohair Yousif Akache, man habe „in Tel Zataar gekämpft“. Dieses im Ostteil Beiruts gelegene Palästinenserlager war 1976 von christlichen Milizen ausgelöscht worden. DB Nr. 369 des Legationsrats Freiherr von Maltzahn, z. Z. Damaskus, 16. 10. 1976, in: PA-AA, Ref. 310, Bd. 108752.

derung zu den Kidnappern; die PLO werde „alles in ihrer Macht Stehende zur Rettung der Geiseln“ unternehmen¹⁰⁸.

Spätestens nach dem Ultimatum an die Bundesregierung¹⁰⁹ und der Begleiterklärung, die „alle Revolutionäre der Welt“, „freien Araber“ und „alle palästinensischen Massen“ zum Kampf gegen die Front „der imperialistischen, reaktionären, zionistischen Allianz“ aufrief¹¹⁰, bestätigte sich der Verdacht, daß zumindest ein Teil der Entführer aus dem Lager der Palästinenser kam. Dafür sprach auch, daß neben der Freilassung der elf inhaftierten RAF-Genossen auch die Haftentlassung von zwei in der Türkei einsitzenden Palästinensern¹¹¹ sowie ein Lösegeld von 15 Millionen US-Dollar – anderenfalls würden Schleyer und alle „Landshut“-Insassen exekutiert¹¹² – gefordert wurde; die von der „Organisation für den Kampf gegen den Weltimperialismus“ gewählten Selbstbezeichnungen als „Kommando Martyr Halimeh“¹¹³ bzw. „Operation Kofre Kaddum“¹¹⁴ wiesen in die gleiche Richtung. Die exakte Zusammensetzung der Hijacker-Gruppe blieb indes unklar, so daß zunächst von einem gemeinsamen deutsch-palästinensischen Kommando ausgegangen wurde¹¹⁵.

¹⁰⁸ Aufzeichnung Jesser vom 14. 10. 1977, in: PA-AA, Ref. 010, Bd. 178705. Schmidt hob daher am 20. 10. 1977 hervor, die PLO-Führung habe sich lange vor Befreiung der „Landshut“ von der Entführung distanziert; vgl. Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographische Berichte, Bd. 103, 8. Wahlperiode, Bonn 1977, S. 37–58.

¹⁰⁹ Der RAF-Kontaktmann im Fall Schleyer, der Genfer Rechtsanwalt Payot, übermittelte am 14. 10. 1977, 1.10 Uhr MEZ die erste, in Englisch verfaßte Mitteilung der Flugzeug-Entführer. Vgl. Dokumentation, S. 88 f.

¹¹⁰ Vgl. ebenda, S. 90–92, hier S. 90.

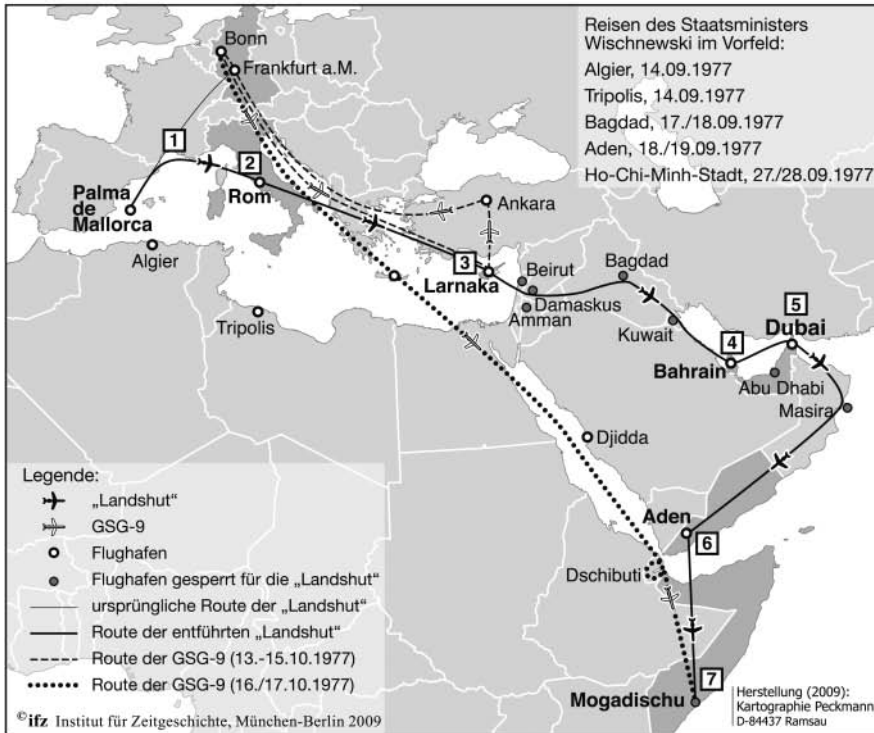
¹¹¹ Die PFLP-Mitglieder Mehdi Mohammed Zihl und Hussein Mohammed al-Raschid hatten am 11. 8. 1976 auf dem Flughafen Istanbul vier wartende Passagiere eines El-Al-Fluges nach Tel Aviv getötet und zwanzig weitere verletzt. Vgl. Skelton-Robinson, Netz, in: Kraushaar (Hrsg.), RAF, Bd. 2, S. 881.

¹¹² Weiterhin sollten die RAF-Gefangenen mit dem Lösegeld über Istanbul bis 16. 10. 1977, 8.00 Uhr GMT (= 9 Uhr MEZ) nach Vietnam, Somalia oder Südjemen ausgeflogen werden. Vgl. Dokumentation, S. 86 f.

¹¹³ „Halimeh“ war der Deckname des „Revolutionäre Zellen“-Mitglieds Brigitte Kuhlmann, die am 27. 6. 1976 mit Wilfried Böse an der von der PFLP-SC durchgeführten Entführung einer Air-France-Maschine auf dem Weg von Tel Aviv nach Paris teilnahm. Beide wurden von einem israelischen Spezialkommando, das die gekaperte Maschine am 28. 6. 1976 im ugandischen Entebbe befreite, erschossen. Vgl. Skelton-Robinson, Netz, in: Kraushaar (Hrsg.), RAF, Bd. 2, S. 879 f. Zur israelischen Entebbe-Aktion vgl. DB Nr. 440 des Botschafters Fischer, Tel Aviv, 4. 7. 1976, in: AAPD 1976, Dok. 217, S. 1011–1013.

¹¹⁴ Kofre Kaddum war ein von Israel zerstörtes Palästinenserdorf bei Nablus; vgl. Peters, Tödlicher Irrtum, S. 434.

¹¹⁵ Schmidt sprach am Morgen des 14. 10. 1977 beim Telefonat mit Premierminister Callaghan von zwei deutschen und zwei arabischen Entführern, in: PA-AA, B 150, Aktenkopien 1977. Diese Information teilte AA-Staatssekretär van Well auch dem Krisenstab mit; vgl. Friedrich Zimmermann, Kabinettstücke. Politik mit Strauß und Kohl 1976–1991, München 1991, S. 201; vgl. auch „Macht keinen Quatsch – das schadet nur unserer Sache“, in: Die Welt vom 15./16. 10. 1977, S. 3. Abweichend war teils von drei Deutschen und einem Araber die Rede; vgl. „Die Terroristen drohen mit Massenmord“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15. 10. 1977, S. 1; „Arzt durfte nicht an Bord gehen“, in: Die Welt vom 15./16. 10. 1977, S. 1.



Anmerkungen zur Karte mit „Landshut“- und GSG-9-Route

1) **Aix-en-Provence**, 13.10.1977, 14.38 Uhr MEZ: Flugsicherung Aix-en-Provence meldet Routenabweichung der Lufthansa-Maschine „Landshut“ von Palma de Mallorca nach Frankfurt a. M.

13.10.1977, 19.55 Uhr MEZ: Eine Lufthansa-Maschine vom Typ 727 startet in Frankfurt a.M. und nimmt gegen 22.00 Uhr MEZ in Bonn/Köln die GSG-9 auf.

2) **Rom**, 13.10.1977, 15.45-17.42 Uhr MEZ: Entführte „Landshut“ in Rom-Fiumicino; das Flugzeug wird betankt.

3) **Larnaka**, 13.10.1977, 20.28-22.50 Uhr MEZ: „Landshut“ in Larnaka; das Flugzeug wird betankt.
 13.10.1977, ca. 23.20 Uhr MEZ: Lufthansa-Maschine mit GSG-9 landet in Larnaka.

4) **Bahrain**, 14.10.1977, 01.52-03.24 Uhr MEZ: „Landshut“ in Bahrain; das Flugzeug wird betankt.

5) **Dubai**, 14.10.1977, 05.51 Uhr MEZ - 16.10.1977, 12.19 Uhr MEZ: Aufenthalt der „Landshut“ in Dubai; das Flugzeug wird betankt.
 14.10.1977, 23.35 Uhr MEZ - 16.10.1977, 16.21 Uhr MEZ: Staatsminister Hans-Jürgen Wischnewski in Dubai.

14.10.1977, morgens - 15.10.1977, 18.35 Uhr MEZ: Aufenthalt der GSG-9-Maschine in Ankara bis zur Rückbeorderung nach Köln/Bonn.

16.10.1977, Insel Masira (zu Oman), Flughafen gesperrt; „Landshut“ dreht Richtung Südjemen ab.

16.10.1977, ca. 22 Uhr MEZ - 17.10.1977, 07.09 Uhr MEZ: Wischnewski in Djidda.

6) **Aden**, 16.10.1977, 15.55 Uhr MEZ - 17.10.1977, 02.02 Uhr MEZ: „Landshut“ in Aden; Ermordung des Flugkapitäns Jürgen Schumann; das Flugzeug wird betankt.

7) **Mogadischu**, 17.10.1977, 04.34 Uhr MEZ: Landung der „Landshut“ in Mogadischu.
 17.10.1977, 11.44 Uhr MEZ: Ankunft des Staatsministers Wischnewski in Mogadischu.
 17.10.1977, 17.30 Uhr MEZ: Nach mehrstündigem Kreisen über Dschibuti landet GSG-9-Maschine in Mogadischu.
 18.10.1977, 00.05-00.12 Uhr MEZ: „Operation Feuerzauber“: Befreiung der entführten „Landshut“ durch GSG-9.
 18.10.1977, 04.50 Uhr MEZ: Abflug der befreiten Insassen der „Landshut“ aus Mogadischu.
 18.10.1977, 05.00 Uhr MEZ: Abflug des Staatsministers Wischnewski und der GSG-9 aus Mogadischu.

Nach verweigerter Landeerlaubnis in Beirut, Damaskus, Amman und Kuwait und einem kurzen Zwischenstopp in Bahrain erzwangen die „Landshut“-Entführer am 14. Oktober, 5.51 Uhr MEZ, die Landung in Dubai¹¹⁶. Der bundesdeutsche Botschafter in den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE), Hans Joachim Neumann, war zuvor vom Auswärtigen Amt angewiesen worden, den dortigen Staatspräsidenten zu bitten, die Lufthansa-Maschine landen zu lassen und dann festzuhalten. Scheich Zayed bin Sultan al-Nahayan war jedoch an diesem Freitag, dem „islamischen Sonntag“, wegen eines Staatsbesuchs nicht erreichbar. Das Außenministerium reagierte abweisend und meinte, das kleine Land könne in der Angelegenheit nicht helfen¹¹⁷. Kooperativer zeigte sich das Verteidigungsministerium: Es ließ den Botschafter im Hubschrauber aus der Hauptstadt Abu Dhabi nach Dubai bringen, wo die „Landshut“ am Flughafenrand, von Truppen und Sanitätseinheiten umstellt, stand. Die Verhandlungsführung mit den Entführern übernahm der energische Verteidigungsminister Mohammed bin Rashid al-Maktum, der Sohn des Regenten von Dubai. In auf Englisch und Arabisch geführten, als kluge psychologische Kriegsführung gelobten Gesprächen versuchte der Scheich, die Hijacker in den folgenden 48 Stunden zum Aufgeben oder zumindest zur Freilassung von Frauen, Kindern und Kranken zu bewegen¹¹⁸.

In Bonn tagten unterdessen das Bundeskabinett, der kleine Krisenstab und der große politische Beratungskreis pausenlos. Beschlossen wurde, alle Verhandlungsoptionen auszuschöpfen und gegebenenfalls eine Geiselnbefreiung durch die Polizei zu wagen. Die Freilassung der RAF-Häftlinge wurde ausgeschlossen. Am Nachmittag des 14. Oktober wurde Wischniewski im Auftrag der Bundesregierung erneut auf Sondermission geschickt – ausgestattet mit uneingeschränkten Handlungsvollmachten und 10 Millionen DM für den Fall einer Freikauf-Option¹¹⁹. Außerdem konsultierte der Bundeskanzler die wichtigsten Verbündeten. Der französische Staatspräsident Valéry Giscard d'Estaing ermutigte Schmidt, trotz der Gefährdung von über 90 unschuldigen Menschen der Erpressung nicht nachzugeben. Geprägt von Frankreichs etatistischem Politikverständnis argumentierte Giscard, es gehe „nicht nur um den deutschen Staat, sondern um die Autorität der europäischen Staaten an sich“¹²⁰. Dieser Appell an ein gesamteuropäisches Verantwortungsbewußtsein verfehlte seine Wirkung nicht¹²¹.

¹¹⁶ Vgl. Dokumentation, S. 87 u. S. 92.

¹¹⁷ Vgl. Hans Joachim Neumann, Die Entführung der „Landshut“, in: Reinhard Bettzuege (Hrsg.), Auf Posten . . . Berichte und Erinnerungen aus 50 Jahren deutscher Außenpolitik, München/Landsberg 1996, S. 185–191, hier S. 185.

¹¹⁸ Vgl. ebenda, S. 186; Wischniewski, Leidenschaft, S. 219.

¹¹⁹ Vgl. ebenda, S. 217 f.; Dokumentation, S. 95 f.

¹²⁰ Telefonat Schmidts mit Giscard d'Estaing, 14. 10. 1977, in: AAPD 1977, Dok. 284, S. 1377 f., hier S. 1378.

¹²¹ Am 1. 12. 1977 erklärte Schmidt Italiens Ministerpräsident Andreotti, Giscard's Rat zur Standhaftigkeit, „sonst müßten in Zukunft alle nachgeben“, sei ihm eine große Hilfe gewesen, in: AAPD 1977, Dok. 345, S. 1653.

Praktische Hilfe ergab sich aus Schmidts Telefongesprächen mit dem britischen Premierminister James Callaghan, den der Kanzler angesichts des großen britischen Einflusses in den Golf-Scheichtümern gebeten hatte, auf Dubai einzuwirken¹²². In London wurde daraufhin ein Ad-hoc-Stab aus Vertretern des Außen- und Verteidigungsministeriums, Geheimdienstes, sonstiger Arabien-Experten und dem Botschafter der Vereinigten Arabischen Emirate eingerichtet, zu dem auch der Leiter des außenpolitischen Büros im Bundeskanzleramt, Jürgen Ruhfus, hinzugezogen wurde¹²³. Neben Kartenmaterial stellte die britische Regierung zwei Sicherheitsexperten ihrer Elitetruppe *Special Air Service* (SAS), Blendgranaten und kugelsichere Spezialwesten zur Verfügung, die später in Mogadischu zum Einsatz kommen sollten¹²⁴. In Dubai selbst stellte Generalkonsul St. John Armitage weisungsgemäß sicher, daß nichts unterblieb, was Großbritannien an Hilfe leisten konnte. Und das war angesichts der traditionellen Präsenz von Briten in den Polizei- und Streitkräften des Golf-Emirats nicht wenig¹²⁵.

Staatsminister Wischniewski gelang es noch in der Nacht des 14. Oktober, Befürchtungen der VAE über eine deutsche Bevormundung zu zerstreuen und ein Vertrauensverhältnis zu Scheich Mohammed aufzubauen, indem er dessen Führungsverantwortung unterstrich und den deutschen Begleit-Troß auf ein Minimum reduzierte¹²⁶. Nachdem alle Gespräche mit den Hijackern ergebnislos geblieben waren – selbst Wischniewskis Angebot, sich im Austausch gegen die zivilen Geiseln in deren Gewalt zu begeben¹²⁷, wurde brüsk abgewiesen –, wuchs die Bereitschaft des VAE-Verteidigungsministers, das Flugzeug stürmen zu lassen. Die Befreiungsaktion sollte von lokalen Einheiten durchgeführt werden, deutsche und britische Experten sollten sie dabei, wenn nötig, unterstützen¹²⁸. Doch zeigte sich, daß der für solch heikle Einsätze notwendige Ausbildungsstand nicht vorhanden war. Die Bundesregierung bemühte sich deshalb, die Zustimmung für den Einsatz deutscher Spezialkräfte zu erhalten. Meldungen, die GSG-9 stehe

¹²² Telefonate Schmidts mit Callaghan, 14. 10. 1977, in: PA-AA, Bundeskanzleramt, Az: 21-30100(56), Bd. 43, B 150, Aktenkopien 1977.

¹²³ Vgl. ebenda; Aufzeichnung des MD Ruhfus, Bundeskanzleramt, 21. 10. 1977, in: Ebenda; Jürgen Ruhfus, *Aufwärts. Erlebnisse und Erinnerungen eines diplomatischen Zeitzeugen 1955 bis 1992*, Sankt Ottilien 2006, S. 229 f. (dort fehldatiert); Bernard Donoughue, *Downing Street Diary. With James Callaghan in No. 10*, London 2008, S. 248; „Conclusions of a Meeting of the Cabinet on 20 October 1977“, CM(77) 32nd Conclusions, S. 1, in: *The National Archives, Kew/Großbritannien*, CAB/128/62/10.

¹²⁴ Vgl. Aust, *Baader-Meinhof-Komplex*, S. 614.

¹²⁵ Vgl. Neumann, *Entführung*, in: Bettzuege (Hrsg.), *Auf Posten*, S. 188; Zimmermann, *Kabinettstücke*, S. 202.

¹²⁶ Vgl. Neumann, *Entführung*, in: Bettzuege (Hrsg.), *Auf Posten*, S. 188.

¹²⁷ Vgl. dazu Wischniewski, *Leidenschaft*, S. 220; Neumann, *Entführung*, in: Bettzuege (Hrsg.), *Auf Posten*, S. 188.

¹²⁸ Vgl. DE Nr. 405 Lewalter für BM Genscher, 15. 10. 1977, in: AAPD 1977, Dok. 288, S. 1394. Schmidt teilte Callaghan am 16. 10. 1977 mit, es stünden 30 VAE-Fallschirmspringer, drei deutsche und zwei britische Sicherheitsexperten sowie „mehrere Briten in dem Dienst von Dubai“ zur Verfügung; vgl. AAPD 1977, Dok. 289, S. 1395 f. Nach Neumann, *Entführung*, in: Bettzuege (Hrsg.), *Auf Posten*, S. 188, wurde bereits an einer Boeing 737 ein Einsatz trainiert.

bereits in Ankara, schürten am 15. Oktober allerdings erhebliche Unruhe, so daß Wischnewski um 17.41 Uhr MEZ gezwungen war, Gerüchte über eine bevorstehende Erstürmung der „Landshut“ zu dementieren¹²⁹.

Tatsächlich mußte die Grenzschutztruppe am Nachmittag desselben Tages aus der türkischen Hauptstadt abgezogen werden. Seit dem Morgen des 14. Oktober stand eine Lufthansa-Maschine mit der GSG-9 an Bord im militärischen, jedoch leicht einsehbaren Teil des Flughafens Ankara. Als die Presse am Tag darauf über die Anwesenheit „eines Zugs deutscher Soldaten“ berichtete, erbat die Türkei deren Verlegung. Der Bundeskanzler veranlaßte daraufhin eine Demarche an Ministerpräsident Süleyman Demirel, der den Verbleib der GSG-9 sicherstellen sollte. Insofern überraschte es, daß das Bundesinnenministerium wenige Stunden später die Rückkehr der Einheit nach Köln anordnete¹³⁰. Bonn und Ankara deuteten den Vorgang offenbar völlig unterschiedlich: Für den Bundeskanzler stand fest, „daß die GSG-9-Einheit von Ankara auf türkischen Druck habe abgezogen werden müssen“¹³¹. Dagegen lobte der deutsche Botschafter Ulrich Sahn die Haltung des NATO-Partners „als außerordentlich hilfreich und verständnisvoll“, monierte aber, sein wegen der zwei in Istanbul inhaftierten Palästinenser in den Entführungsfall involviertes Gastland sei „auf die wiederholten Bitten um Übermittlung der Absichten der Bundesregierung [...] ohne jede Antwort geblieben“¹³². Tatsächlich hat wohl nur der glückliche Ausgang der Entführung wenige Tage später eine aus dieser Episode resultierende Eintrübung der deutsch-türkischen Beziehungen verhindert.

An Bord der „Landshut“ spitzte sich unterdessen die Lage weiter zu, da die Spritreserven ausgingen und damit die Kühlsysteme ausfielen. Zu Todesangst und bestialischem Gestank kamen nun Temperaturen von über 50 Grad Celsius¹³³. Am Morgen des 16. Oktober erzwangen die Entführer die Auftankung der „Landshut“. Diese erfolgte wenige Minuten vor der angedrohten Exekution der ersten Geiseln¹³⁴. Damit wurde ein Abflug immer wahrscheinlicher. Die Bundesregierung wollte ihn unbedingt verhindern. Nach ihrer Einschätzung „sei im ganzen Mittleren Osten kein Flughafen für die weitere Behandlung des Falles so

¹²⁹ Vgl. „Krisenstäbe tagen fast ohne Pause“, in: Die Welt vom 17. 10. 1977, S. 2. Schmidt spricht von „erheblichem Druck“, den Dubai angesichts der „unbegründete[n] Befürchtung“ ausgeübt habe, „wir könnten die Einheit ohne Einverständnis der Regierung von Dubai einsetzen“; Telefonat mit Callaghan, 16. 10. 1977, in: AAPD 1977, Dok. 289, S. 1396.

¹³⁰ Vgl. DB Nr. 974 des Botschafters Sahn, Ankara, 20. 10. 1977, in: AAPD 1977, Dok. 299, S. 1436–1438.

¹³¹ So Schmidt im Telefonat mit Callaghan, 16. 10. 1977, in: Ebenda, Dok. 289, S. 1396.

¹³² DB Nr. 974 von Sahn, Ankara, 20. 10. 1977, in: Ebenda, Dok. 299, S. 1438. Die Türkei hatte bereits bei der ersten Unterrichtung am 14. 10. 1977 signalisiert, sich in der Frage einer Freilassung an der Bundesregierung zu orientieren; vgl. DB Nr. 940 von Sahn, in: PA-AA, VS-Bd. 10023 (312), B 150, Aktenkopien 1977.

¹³³ Vgl. die Zeiteugenberichte in: Siemens, System, S. 204–216; Peters, Tödlicher Irrtum, S. 435 f.

¹³⁴ Vgl. „Der Herbst der Terroristen“, in: Der Spiegel vom 29. 9. 1997, S. 179.

geeignet wie der von Dubai“, vertraute Schmidt seinem Kollegen Callaghan am Telefon an¹³⁵. Der Premierminister möge Einfluß auf Dubai ausüben, um den Start der Maschine zu verhindern, bzw. eine Aktion der in Dubai befindlichen Einsatzkräfte zu erwirken, falls mit der Erschießung von Passagieren begonnen würde. Ferner sollte Callaghan das saudi-arabische Königshaus zu entsprechender Interpellation in den Emiraten bewegen. Schließlich bat Schmidt, die britische Militärbasis auf Zypern benutzen zu dürfen, um die GSG-9 näher an Einsatzorte im Mittleren Osten heranführen zu können, falls es doch zum Weiterflug der „Landshut“ kommen sollte. Erneut sagte der britische Regierungschef Hilfe zu¹³⁶.

In eindringlichen Telefongesprächen mit Scheich Mohammed und Präsident Zayed versuchte Schmidt, den Weiterflug der „Landshut“ zu verhindern. Der Verteidigungsminister zeigte sich zwar kooperationswillig, machte aber deutlich, an Vorgaben seiner Regierung gebunden zu sein¹³⁷. Der Präsident der Vereinigten Arabischen Emirate dagegen appellierte mehrfach an den Kanzler, aus humanitären Gründen den Entführern nachzugeben und so die Geiseln zu retten¹³⁸. Schmidt hielt dagegen, erinnerte an die von den freizupressenden Terroristen begangenen Mordtaten, die sich dann wiederholen würden, und brachte, als Hilfsangebot kaschiert, die Entsendung weiterer Sicherheitsexperten nach Dubai ins Spiel. Ein polizeilicher Zugriff sei trotz aller damit verbundenen Risiken alternativlos, denn ein Abflug des entführten Flugzeugs würde „mit Sicherheit den Tod aller Passagiere verursachen“¹³⁹.

Daß die „Landshut“ noch während seines Telefonats mit dem Staatschef abfliegen durfte, empörte den Bundeskanzler. Wischniewski brachte dafür mehr Verständnis auf: Der konservative Präsident habe in einem Land mit vielen palästinensischen Gastarbeitern schwerlich einen Einsatz deutscher Spezialkräfte gegen Araber billigen können¹⁴⁰. Selbst der enge NATO- und EG-Partner Italien hatte sich ja nicht zu einem solchen Schritt durchringen können.

¹³⁵ Telefongespräch Schmidts mit Callaghan, 16. 10. 1977, in: AAPD 1977, Dok. 289, S. 1394. Auch im Telefonat mit VAE-Verteidigungsminister Mohammed drängte Schmidt, einen Abflug gegebenenfalls durch Zerschneiden der Reifen zu verhindern; vgl. ebenda, Dok. 290, S. 1397 f., hier S. 1398.

¹³⁶ Callaghan empfahl eine eigene Kontaktaufnahme mit dem Regenten von Dubai und riet von der Einwirkung über Saudi-Arabien angesichts der gespannten Beziehungen der Nachbarstaaten ab. Wegen der explosiven Stimmung auf der geteilten Insel sei Großbritannien hinsichtlich der Zypern-Basis zurückhaltend; vgl. ebenda, S. 1396 f. Die GSG-9 logierte letztendlich auf Kreta.

¹³⁷ Vgl. AAPD 1977, Dok. 290, S. 1397 f. Ergänzend übermittelte das Kanzleramt Fernschreiben an Präsident Zayed und den als VAE-Vizepräsidenten amtierenden Regenten von Dubai; vgl. Dokumentation, S. 106.

¹³⁸ Vgl. Telefongespräch Schmidts mit Präsident Zayed, 16. 10. 1977, in: AAPD 1977, Dok. 291, S. 1399–1402.

¹³⁹ Ebenda, S. 1401.

¹⁴⁰ Vgl. Wischniewski, Leidenschaft, S. 221.

Aden, die nächste Station der „Landshut“, wurde zum Wendepunkt in dem Entführungsdrama. Folgt man den Zeugnissen mehrerer Beteiligten, sollte die Entführung nach Haddads Plänen spätestens in Südjemen enden: Hier wählte man sich vor einem militärischen Zugriff sicher. Vorgesehen war, das Kommando „Martyr Halimeh“ durch PFLP-SC-Mitglieder vor Ort zu erneuern und die Geiseln bis zum Gefangenenaustausch in eines der Trainingscamps zu bringen¹⁴¹. Doch statt Hilfe erhielten die Entführer in Aden einen eisigen Empfang: Trotz Spritmangels wurde der „Landshut“ die Landeerlaubnis verweigert, die Rollbahn verbarrikadiert, die Funknavigation eingestellt. Nach der riskanten Notlandung neben der blockierten Flugbahn wurde die Maschine vom Militär umstellt und ultimativ zum Weiterflug aufgefordert¹⁴². Damit wurde für die Entführer klar, daß sie endgültig die Kontrolle über die Aktion verloren hatten: Fortan beherrschten die Ereignisse sie und nicht umgekehrt. Selbst die Ermordung des Piloten Jürgen Schumann, der bei einer Außenbord-Untersuchung der „Landshut“ kurz verschwunden war, um mit den jemenitischen Behörden eine unblutige Lösung der Entführung zu erörtern¹⁴³, läßt sich als unausgesprochenes Eingeständnis des Scheiterns deuten.

Die rigide Sperrung des Luftraums durch Südjemen betraf auch den der „Landshut“ nacheilenden Wischnewski, der am Abend des 16. Oktober gezwungen war, ins saudische Djidda auszuweichen¹⁴⁴. Dort verhandelte er mit dem Geschäftsträger der Demokratischen Volksrepublik (Süd-)Jemen. Zusätzlich bat Bundeskanzler Schmidt Saudi-Arabiens König Khalid und Kronprinz Fahd telegrafisch, auf die DVRJ einzuwirken und sie zum Festhalten der „Landshut“ zu bewegen¹⁴⁵. Der gerade in Saudi-Arabien weilende CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß wurde ebenfalls in diesem Sinne aktiv¹⁴⁶. Tatsächlich engagierte sich das konservative Königreich, das erst im Vorjahr diplomatische Beziehungen mit Aden aufgenommen hatte¹⁴⁷, finanziell stark in Südjemen, was dessen sozialistische Bruderstaaten mißtrauisch beäugten¹⁴⁸.

¹⁴¹ Vgl. Skelton-Robinson, Netz, in: Kraushaar (Hrsg.), RAF, Bd. 2, S. 888, mit Verweis auf Stefan Wisniewski, Wir waren so unheimlich konsequent ... Ein Gespräch zur Geschichte der RAF, Berlin 1997, S. 49; Heinrich Breloer, Todesspiel. Von der Schleyer-Entführung bis Mogadischu. Eine dokumentarische Erzählung, Köln 1997, S. 241 f., mit Verweis auf Aussagen der überlebenden Entführerin Souheila Andrawes; Aust, Baader-Meinhof-Komplex, mit Verweis auf Aussagen Peter-Jürgen Boock; vgl. Boock, Entführung, S. 173 f.

¹⁴² Vgl. Jürgen Vietor, in: Siemens, System, S. 216; Peters, Tödlicher Irrtum, S. 445.

¹⁴³ Vgl. „Der wahre Held der ‚Landshut‘“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 30. 11. 2007, S. 46.

¹⁴⁴ Vgl. Dokumentation, S. 107; Wischnewski, Leidenschaft, S. 222.

¹⁴⁵ Aufzeichnung Jesser, 3. 11. 1977, in: PA-AA, Unterabteilung (UA) 31, Bd. 135632. Jesser vermerkt allerdings auch, daß bei Wischnewskis Aufenthalt in Djidda das Mißtrauen gegen das Eingreifen eines deutschen Kommandos im arabischen Raum deutlich geworden sei.

¹⁴⁶ DB Nr. 560 des Botschafters Schlagintweit, Djidda, 20. 10. 1977, in: PA-AA, Ref. 311, Bd. 119948.

¹⁴⁷ DB Nr. 125 des Botschafters Montfort, Djidda, 11. 3. 1976, in: Ebenda, Bd. 108833.

¹⁴⁸ Gespräch Lambertz mit Abdel Aziz Abdul am 16. 9. 1977, in: SAPMO, DY/30/IVB2/20/124.

Von den einflußreichen Mächten in Südjemen, die sich nun der deutschen Interessen annehmen sollten, käme für die Bundesrepublik nur Saudi-Arabien und die UdSSR in Betracht, urteilte der Leiter des Außenpolitischen Büros im Kanzleramt. Von einer entsprechenden Bitte an die DDR riet Ruhfus ab, da die Gefahr bestehe, „daß wir uns Honecker politisch verpflichten“. Zudem werde Ost-Berlin sein kaschiertes Engagement bei den jemenitischen Nachrichten- und Sicherheitsdiensten „nicht durch eine entsprechende Unterstützungsaktion an den Tag bringen wollen“¹⁴⁹. Doch in der Stunde der Not galten solche Bedenken wenig: Selbst Hans-Dietrich Genscher, der sonst aus deutschlandpolitischen Gründen selten das Gespräch mit seinem DDR-Kollegen suchte, telefonierte am Abend des 16. Oktober mit Außenminister Oskar Fischer. Dieser wies um 22 Uhr DDR-Botschafter Scharfenberg an, auf ein kooperatives Verhalten zur Beilegung des Geiseldramas hinzuwirken¹⁵⁰.

Ob die DDR vor Ort tätig wurde, bleibt allerdings unklar¹⁵¹. Ehemalige RAF-Angehörige vermuten, Ost-Berlin habe mitgeholfen, einen PFLP-Kommando-Wechsel in Aden zu verhindern oder Bonn sogar Informationen über die schlechte Bewaffnung der Kidnapper geliefert¹⁵², um dem SPD-Kanzler Schmidt aus der Bedrängnis zu helfen und ihn als Partner in der Entspannungspolitik zu stärken¹⁵³. Aktenbeweise dafür fehlen indes¹⁵⁴, auch wenn Ost-Berlin in den Folgejahren ein gesuchter Gesprächspartner Bonns blieb, wenn es um Terroristen im Jemen ging¹⁵⁵.

¹⁴⁹ Aufzeichnung des MD Ruhfus, Bundeskanzleramt, 16. 10. 1977, in: PA-AA, Ref. 010, Bd. 178705.

¹⁵⁰ Vgl. Aufzeichnung des MDg Bräutigam, Bundeskanzleramt, 17. 10. 1977 über ein Gespräch mit dem Ersten Sekretär der Ständigen Vertretung [StÄV] der DDR in Bonn (und MfS-Mitarbeiter), Ralf-Peter Devaux, in: AAPD 1977, Dok. 294, S. 1408 f. Das SED-Zentralorgan berichtete zeitverzögert über das Telefonat der Außenminister; vgl. „Erklärung des BRD-Kanzlers“, in: Neues Deutschland vom 20. 10. 1977, S. 7.

¹⁵¹ LR I Daum, Aden, berichtete am 1. 11. 1977, Scharfenberg habe ihm eine Weisung von Außenminister Fischer und entsprechende Aktivitäten bestätigt; SB Nr. 294, in: PA-AA, UA 31, Bd. 135632. Am 18. 10. 1977 ließ Genscher seinen Dank an Fischer übermitteln; DE Nr. 1185 des MD Blech an StÄV Ost-Berlin, in: PA-AA, Ref. 210, Bd. 116467.

¹⁵² Vgl. Wunschik, Baader-Meinhofs Kinder, S. 271, Anm. 1509, u. S. 273 f., Anm. 1521; Skelton-Robinson, Netz, in: Kraushaar (Hrsg.), RAF, Bd. 2, S. 889; Breloer, Todesspiel, S. 242.

¹⁵³ Ein Gespräch zwischen dem Ständigen Vertreter in Ost-Berlin, Günter Gaus, und dem ZK-Mitglied der SED, Herbert Häber, am Tag der „Landshut“-Befreiung und den Selbstmorden in Stammheim verdeutlicht den Konnex. Gaus betonte, das „einzig Gute an den Ereignissen der letzten Tage bestehe darin, daß die Position der Bundesregierung und vor allem die von Schmidt gestärkt sei [...]“. Bei einem anderen Ausgang „hätte man sich fürchten müssen“, in: Die Häber-Protokolle. Schlaglichter der SED-Westpolitik 1973–1985, hrsg. von Detlef Nakath und Gerd-Rüdiger Stephan, Berlin 1999, S. 143.

¹⁵⁴ DDR-Verteidigungsminister Heinz Hoffmann traf unmittelbar nach Abflug der „Landshut“ am 17. 10. 1977 in Südjemen ein; SB Nr. 279 des LR I Daum, Aden, 19. 10. 1977, in: PA-AA, Ref. 311, Bd. 11926. In Akten der Nationalen Volksarmee über diesen Besuch findet der „Landshut“-Fall aber keine über Presseberichte hinausgehende Vertiefung; Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg, NVA, Politorgane, AZN 8290.

¹⁵⁵ Vgl. Gespräch Honeckers mit Gaus, 3. 11. 1980, in: Bonn und Ost-Berlin. Dialog auf höchster Ebene und vertrauliche Kanäle. Darstellung und Dokumente, Bonn 1997, S. 551; Heinrich Pothoff, Im Schatten der Mauer. Deutschlandpolitik 1961–1990, Berlin 1999, S. 149.

Auch zur Sowjetunion suchte Bonn am 16./17. Oktober Kontakt. Genscher und sein Staatssekretär Günther van Well sprachen über die Entführung mit Botschafter Valentin Falin, der zusagte, in Südjemen für die Bundesregierung zu intervenieren; in Moskau versprach der Abteilungsleiter des Außenministeriums, Alexander Bondarenko, die Angelegenheit an höherer Stelle vorzutragen¹⁵⁶. Diese im Kalten Krieg keineswegs selbstverständliche Kooperationsbereitschaft steht jedoch im Kontrast zu der Tatsache, daß Wadi Haddad, der „mastermind“ der „Landshut“-Entführung, enge Verbindungen mit dem sowjetischen Geheimdienst KGB unterhielt¹⁵⁷. Ohne Auswertung russischer Quellen bleibt daher die Rolle der östlichen Supermacht bei der „Landshut“-Entführung weiter im Dunkeln¹⁵⁸.

Das von der „Landshut“ nach dem Abflug aus Aden angesteuerte Ziel hieß Mogadischu, wo die Maschine am 17. Oktober um 4.34 Uhr MEZ landete. Die Bundesregierung dürfte davon kaum überrascht gewesen sein. Bereits in der ersten Mitteilung der Kidnapper war Somalia als mögliches Aufnahmeland für die RAF-Häftlinge genannt worden, weshalb Bonn sofort Kontakt zu dem ostafrikanischen Land aufgenommen hatte¹⁵⁹. Obwohl von einem somalischen Diplomaten in Kenia zu hören war, sein Land sei zu solch einem Schritt bereit¹⁶⁰, hatte Somalia am 15. Oktober erklärt, weder zur Aufnahme der RAF-Häftlinge noch der „Landshut“-Entführer bereit zu sein¹⁶¹. Wenig Gutes verhiessen aus Bonner Sicht jedoch die Trainingscamps extremistischer Palästinenser in Somalia sowie Hinweise auf eine Verstrickung des Landes in die Entführung der Air-France-Maschine nach Entebbe im Vorjahr¹⁶². Vor allem aber war Somalia – was die Situation zusätzlich verkomplizierte – Kriegsgebiet.

Am Horn von Afrika überlagerten sich Ende der 1970er Jahre indigene ethnisch-nationale Konflikte mit der globalen Ost-West-Konfrontation. Nachdem in den 1975 unabhängig gewordenen Staaten Angola und Mosambik Moskau-orientierte Befreiungsbewegungen die Regierungsmacht errungen hatten, fürchteten die USA, die östliche Supermacht mißbrauche die Détente-Politik für eine unge-

¹⁵⁶ Aufzeichnung des MD Meyer-Landrut, in: PA-AA, Ref. 010, Bd. 178705. Genschers Dank schreiben an Außenminister Gromyko, 18. 10. 1977, in: Ebenda, DE des MD Blech. Schmidt dankte am 20. 10. 1977 der UdSSR und der DDR für ihre Hilfe, vgl. Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographische Berichte, Bd. 103, 8. Wahlperiode, S. 3758.

¹⁵⁷ Vgl. dazu Christopher Andrew/Vasili Mitrokhin, *The Mitrokhin Archive II. The KGB and the World*, London 2005, S. 246–255.

¹⁵⁸ Sowjetische Militärberater in Somalia sollen durch Bewegung ihrer MIGs dazu beigetragen haben, daß der Einflug der GSG-9-Maschine von den Terroristen nicht bemerkt worden sei; vgl. Breloer, *Todesspiel*, S. 270.

¹⁵⁹ Vgl. Dokumentation, S. 89 u. S. 101. Zeitverzögert wurden auch die inhaftierten RAF-Angehörigen nach ihrer Bereitschaft zur Ausreise nach Somalia befragt, die von allen bejaht wurde; vgl. ebenda, S. 103 f.

¹⁶⁰ Vgl. „Krisenstäbe tagen fast ohne Pause“, in: *Die Welt* vom 17. 10. 1977, S. 2.

¹⁶¹ Vgl. „Somalia lehnt die Aufnahme der Häftlinge ab“, in: Ebenda, S. 1.

¹⁶² Vgl. Skelton-Robinson, *Netz*, in: Kraushaar (Hrsg.), *RAF*, Bd. 2, S. 889; Aust, *Baader-Meinhof-Komplex*, S. 464; Breloer, *Todesspiel*, S. 237 f.

bremste Expansion im rohstoffreichen afrikanischen Kontinent. In Äthiopien, der strategischen Zentralmacht am Horn von Afrika, die als der älteste Kooperationspartner der USA in Afrika galt, drohte die Sowjetunion ihren Siegeszug fortzusetzen¹⁶³: Der „Provisorische Militärverwaltungsrat“, der 1974 Kaiser Haile Selassie gestürzt hatte, radikalisierte sich und richtete sich zunehmend auf den Ostblock aus. Der Abschluß eines Militärabkommens mit der UdSSR im Dezember 1976 und die Schließung aller amerikanischen Einrichtungen in Äthiopien im April 1977 markierten einen ungewöhnlichen Frontwechsel im Kalten Krieg¹⁶⁴.

Allerdings hegte auch Somalia, seit 1969 der wichtigste Verbündete der UdSSR in der Region, massive Vorbehalte gegen die sowjetische Annäherung an seinen Nachbarn. Somalia empfand sich als Opfer kolonialer Grenzziehungen und erhob deshalb Gebietsansprüche gegen seine Nachbarn: gegen Kenia, gegen das 1977 von Frankreich in die Unabhängigkeit entlassene Dschibuti und gegen Äthiopien, dessen Provinz Ogaden aufgrund der ethnischen Zusammensetzung als unverzichtbarer Bestandteil des eigenen Staates reklamiert wurde¹⁶⁵. Um den verhaßten größeren Nachbarn zu schwächen, unterstützte Somalia die gegen Addis Abeba gerichtete Sezessionsbewegung in Eritrea¹⁶⁶ und die im Ogaden aktive „West-somalische Befreiungsfront“ (WSLF). Sowjetischen Bestrebungen, den Antagonismus ihrer Verbündeten Somalia, Äthiopien und Südjemen durch die Schaffung einer Föderation zu überwinden¹⁶⁷, scheiterten. Somalia weigerte sich, „die ideologische Solidarität mit dem Regime in Äthiopien über seine nationalen Interessen zu stellen und auf seine territorialen Forderungen zu verzichten“¹⁶⁸. Die UdSSR setzte seither verstärkt auf Äthiopien. Sowjetische Waffenlieferungen für Addis Abeba ließen Mogadischu seinerseits über ein „reversement des alliances“ nachdenken, steigerten aber vor allem die Spannungen mit Äthiopien. Diese mündeten im Juli 1977 in militärische Auseinandersetzungen, auch wenn Mogadischu seine aggressiven Absichten hinter angeblich eigenständigen

¹⁶³ Der Nationale Sicherheitsberater von US-Präsident Carter sah daher die Entspannungspolitik im Sand des Ogaden begraben; vgl. Zbigniew Brzezinski, *Power and Principle. Memoirs of the National Security Adviser 1977–1981*, London 1989, S. 189; Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrat I. Klasse Müller, 20. 1. 1977, in: AAPD 1977, Dok. 8, S. 38 f.

¹⁶⁴ Vgl. Girma Ghebresillasse, *Kalter Krieg am Horn von Afrika. Regional-Konflikte: Äthiopien und Somalia im Spannungsfeld der Supermächte 1945–1991*, Baden-Baden 1999, S. 69 ff.; Peter Woodward, *US Foreign Policy and the Horn of Africa*, Aldershot 2006, S. 20 f.

¹⁶⁵ Zur somalischen Irredenta-Sicht vgl. Aufzeichnung des Ref. 312, 16. 7. 1976, in: PA-AA, Ref. 312, Bd. 108214; Gespräch van Well mit Botschafter Bokah, 7. 6. 1977, in: AAPD 1977, Dok. 147, S. 763; Gespräch Schmidts mit Staatspräsident Tito, 27. 5. 1977, in: AAPD 1977, Dok. 134, S. 701.

¹⁶⁶ SB des Botschafter Lankes, Addis Abeba, 31. 3. 1977, in: PA-AA, Ref. 320, Bd. 116756.

¹⁶⁷ Vgl. die Aufzeichnung des sowjetischen Gesandten in Addis Abeba, Sinitis, vom 30. 3. 1977, URL: http://www.wilsoncenter.org/index.cfm?topic_id=1409&fuseaction=va2.document&identifier=5034E359-96B6-175C-985E7AB956FA4EB3&sort=Collection&item=The%20Horn%20of%20Africa%20Crisis (15.6.08); „Castro Mission To Somalia Reported“, in: *International Herald Tribune* vom 18. 3. 1977, S. 1.

¹⁶⁸ Aufzeichnung des Ref. 312 vom 2. 6. 1977, in: PA-AA, Ref. 320, Bd. 116826.

Aktivitäten der WSLF zu kaschieren versuchte¹⁶⁹. Die somalische Seite erzielte zunächst weitreichende Geländegewinne, bis ihre Offensive an den strategisch wichtigen Orten Harar und Dire Dawa Ende September 1977, also kurz vor Ankunft der „Landshut“, zum Stehen kam¹⁷⁰. Angesichts der strategischen Bedeutung des Horns von Afrika weitete sich der Ogaden-Krieg rasch zu einem Stellvertreterkrieg aus, in dem sich nicht nur die Interessen der Supermächte kreuzten: Im Bestreben, das Rote Meer gleichsam in ein arabisches Binnenmeer zu verwandeln, unterstützten die meisten arabischen Staaten, insbesondere Saudi-Arabien und Sudan, das islamisch geprägte und seit 1974 der Arabischen Liga angehörende Somalia¹⁷¹. Äthiopien dagegen erhielt Waffen aus Israel¹⁷², den Ostblockstaaten und aus Kuba, das sogar eigene Kampftruppen entsandte¹⁷³.

Die Bundesrepublik gewährte Mogadischu seit 1962 Ausrüstungshilfe für die Polizei. Für 1977 waren darüber hinaus acht Millionen DM Kapitalhilfe und fünf Millionen technische Hilfe vorgesehen¹⁷⁴. Innenpolitisch war diese Hilfe umstritten, stellten doch CDU und CSU deren Sinn in Frage, da sie lediglich dem Machterhalt eines sozialistischen Polizeistaatsregimes diene. Auch das Auswärtige Amt sah im Frühjahr 1977 wenig politische Gemeinsamkeiten: Somalia vertrete stets „die Haltung der radikalsten Staaten der Dritten Welt und der S[owjet]-U[nion]/DDR“. Abgelehnt wurde darum ein von somalischer Seite angeregter Besuch von Genscher in Mogadischu¹⁷⁵. Ungeachtet dessen lud der somalische Botschafter in Bonn, Yusuf Adan Bokah, im Mai 1977 Entwicklungshilfeministerin Marie Schlei in sein Land ein. Bokah machte dabei deutlich, „daß sich die somalische Außenpolitik in einer Richtungsänderung befinde“. Offen ließ er dabei, ob ein Bruch mit der UdSSR angestrebt sei¹⁷⁶. Der Besuch des somalischen Verteidigungsministers in Moskau einen Monat später deutete in eine andere Richtung, doch Bokah signalisierte dem Auswärtigen Amt erneut Mogadischus Bereitschaft zum Lagerwechsel: Der Marxismus habe angesichts von Somalias Verwurzelung im Islam einen schweren Stand. Die Sowjetunion werde

¹⁶⁹ Vgl. dazu Europa-Archiv 32 (1977), Teil 3, Z 149, Z 153, Z 165 u. Z 173.

¹⁷⁰ Vgl. „Der Krieg im Ogaden“, in: Neue Zürcher Zeitung, Fernausgabe vom 30. 9. 1977, S. 5; Volker Matthies, Kriege am Horn von Afrika, Berlin 2005, S. 144 ff.

¹⁷¹ Vgl. dazu Gespräch Schmidts mit Tito, in: AAPD 1977, Dok. 134, S. 701; DB Nr. 390 des Botschafters Schlagintweit, Djidda, 7. 7. 1977, in: PA-AA, Ref. 320, Bd. 116760; Gespräch van Well mit den Außenministern de Guiringaud, Owen und Vance, 7. 12. 1977, in: AAPD 1977, Dok. 352, S. 1695.

¹⁷² Vgl. AAPD 1977, Dok. 297, S. 1425, Anm. 6, bzw. Dok. 378, S. 1810 f.

¹⁷³ Vgl. dazu deutsch-somalisches Regierungsgespräch, 30. 11. 1977, in: Ebenda, Dok. 341, S. 1632.

¹⁷⁴ Aufzeichnung Lahn, 20. 1. 1977, in: PA-AA, Ref. 304, Bd. 102919.

¹⁷⁵ Aufzeichnung des Ref. 312, 6. 1. 1977 (irrtümlich auf 1976 datiert), in: PA-AA, Ref. 320, Bd. 116827. Bonns Botschafter Horst Becker bezeichnete, „Opportunismus, Schaukelpolitik und Unberechenbarkeit“ als „Hauptelemente somalischer Politik“; DB Nr. 4, 14. 1. 1977, in: Ebenda.

¹⁷⁶ Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrat I. Klasse Freiherr von Schacky, 2. 6. 1977, in: Ebenda, Bd. 116826. Schon am 24. 3. 1977 hatte Schlei dem Kanzler angedeutet, verstärkte Entwicklungshilfe in Somalia könne sinnvoll werden, da sich eine politische Umorientierung des Landes andeute; vgl. AAPD 1977, Dok. 74, S. 379.

ihre Hilfe einstellen, da Somalia auf seine Souveränität und Unabhängigkeit poche. Somalia werde bald nach neuen Freunden Ausschau halten: „I hope you also made your preparations.“¹⁷⁷ In der Tat nahm Bonn die nach Ausbruch des somalisch-äthiopischen Krieges unterbrochene Ausrüstungshilfe für Somalia rasch wieder auf, um „die der Sowjetunion entgegengesetzten Kräfte und damit die sich anbahnende Lösung Somalias von der Sowjetunion zu unterstützen“¹⁷⁸.

Bei einer „Fact-finding“-Mission nach Somalia konstatierte Genschers Planungsstabchef Klaus Kinkel Mitte September, daß Somalias Abkehr vom Ostblock „weiter fortgeschritten sei, als wir es bisher für möglich gehalten hätten“¹⁷⁹. Der somalische Außenminister habe die Sowjetunion wegen ihrer Unterstützung für das „faschistische Regime“ in Addis Abeba heftig attackiert: „Wenn Äthiopiens jetziger Weg Sozialismus sei, verzichte Somalia auf diese Form von Sozialismus.“ In Erwartung einer baldigen Gegenoffensive dränge Somalia auf Waffenlieferungen des Westens, dem an der Verhinderung einer strategischen Vorrangstellung der UdSSR am Horn von Afrika gelegen sein müsse. Mogadischu sei über die westliche Zurückhaltung enttäuscht, zumal die USA und Großbritannien zunächst Hilfe zugesagt hätten¹⁸⁰. Kinkel machte jedoch auch deutlich, daß die Bundesrepublik lediglich Wirtschaftshilfe leisten könne: „Waffenlieferungen kämen auf keinen Fall in Frage.“¹⁸¹ Dies bekräftigte Außenminister Genscher auch gegenüber seinem somalischen Kollegen am Rande der UN-Vollversammlung am 30. September.¹⁸²

In New York beschlossen die USA, Großbritannien, Frankreich und die Bundesrepublik eine gemeinsame Horn-von-Afrika-Kontaktgruppe¹⁸³. Bei deren Zusammentritt am 4. Oktober 1977 herrschte Einigkeit, daß Somalia sich militärisch übernommen habe. Spätestens in sechs Monaten sei eine Kriegswende zu erwarten, denn während die UdSSR ihre Lieferungen an Mogadischu eingestellt habe, werde Äthiopien mit um so mehr Waffen versorgt. Doch blieb die Bereitschaft gering, dem Frontenwechsler Somalia aus der Notlage zu helfen, zumal die als eigentliche Interessenvertreter des Westens am Horn geltenden Regierungen in Kenia und Dschibuti den somalischen Irredentismus fürchteten. Der britische Vertreter brachte das Dilemma des Westens auf den Punkt: „Einerseits könne er wegen des Prinzips der Unverletzlichkeit der Grenzen keine Waffen an

¹⁷⁷ Gespräch van Well mit Bokah, 7. 6. 1977, in: AAPD 1977, Dok. 147, S. 763–766, hier S. 764.

¹⁷⁸ Aufzeichnung des MdG Pfeffer, 1. 8. 1977, in: PA-AA, Ref. 304, Bd. 102913. Die Ausrüstungshilfe für Äthiopien wurde erst im September wieder aufgenommen; DB Nr. 2267 Lahn, z. Z. New York, 30. 9. 1977, in: PA-AA, Ref. 010, Bd. 178692.

¹⁷⁹ Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrat Kaestner vom 30. 9. 1977 über Kinkels Gespräch mit dem amerikanischen Botschafter in Somalia, John Loughran, in: PA-AA, Ref. 02, Bd. 178408.

¹⁸⁰ DB Nr. 152 Kinkel, z. Z. Mogadischu, 14. 9. 1977, bzw. DB Nr. 374 desselben aus Nairobi, 15. 9. 1977, in: PA-AA, Ref. 311, Bd. 116826.

¹⁸¹ Aufzeichnung Kaestner vom 30. 9. 1977, in: PA-AA, Ref. 02, Bd. 178408.

¹⁸² DB Nr. 2284 des Vortragenden Legationsrat I. Klasse von der Gablentz, z. Z. New York, 30. 9. 1977, in: PA-AA, Ref. 010, Bd. 178692.

¹⁸³ Aufzeichnung Jesser, 9. 11. 1977, in: PA-AA, Ref. 320, Bd. 116826.

Somalia liefern, womit er andererseits der Sowjetunion die Möglichkeit eröffne, sich in Äthiopien und in der Region überhaupt zu etablieren.“ Nur langfristige Entwicklungshilfe für die ganze Region könne den sowjetischen Einfluß eindämmen, lautete das nüchterne Fazit. Waffenlieferungen an Somalia schlossen alle Teilnehmer aus – Frankreich allerdings nur, weil Mogadischu statt angebotener Defensivwaffen moderne Großkampfsysteme verlangt hatte¹⁸⁴.

Bei der Landung der „Landshut“ in Mogadischu befanden sich die deutsch-somalischen Beziehungen also in einem alles andere als belastungsfähigen Zustand. Sprechendes Indiz dafür war die Vakanz des Botschafterpostens in Somalia während der Oktober-Tage¹⁸⁵. Da Präsident Siad Barre, wie Regierungssprecher Bölling rückblickend formuliert, „weiß Gott kein Vollblutdemokrat“ war¹⁸⁶ und sein Regime nach den jüngsten Volten als unberechenbar galt, hatte Wischnewski, der am 17. Oktober um 11.44 Uhr MEZ in Mogadischu eintraf, eine wahre Herkules-Aufgabe zu bewältigen.

Auch in Bonn lief das Krisenmanagement am 17. Oktober auf Hochtouren. Um 7.50 Uhr bat Genscher im Namen der Bundesregierung den somalischen Botschafter, den Weiterflug des entführten Flugzeuges zu verhindern und alle Möglichkeiten zur Rettung der Geiseln zu prüfen, auch „Maßnahmen durch somalische Kräfte“. Obwohl das Bundeskriminalamt bereits gewußt haben dürfte, daß man es mit einem rein palästinensischen Entführungskommando zu tun hatte¹⁸⁷, betonte Genscher, die Entführer seien drei Deutsche und ein Araber, um so einem arabischen Solidarisierungseffekt vorzubeugen. Die PLO habe sich von der Aktion distanziert, die „also nicht die Aktion einer Befreiungsbewegung sei, sondern ein Verbrechen deutscher Krimineller“. Wenn Somalia „in dieser Frage von nationaler Bedeutung helfe“, könne es „sofort und in Zukunft mit umfassender deutscher Hilfe rechnen“¹⁸⁸. Auf dieser Linie argumentierte um 8.10 Uhr auch der Bundeskanzler: Schmidt wiederholte die irreführende These, der Araber werde „von den deutschen Terroristen nur zur Tarnung benutzt“. Er bot Somalia Hilfe zur Beendigung der Entführung an: „In etwa sechs Stunden könne ein Flugzeug mit deutschen Polizeispezialisten in Mogadischu sein, wenn

¹⁸⁴ SB Nr. 597 des Gesandten Noebel, London, über die Konsultation der Horn-von-Afrika-Kontaktgruppe am 4. 10. 1977, 18. 10. 1977, in: AAPD 1977, Dok. 297, S. 1421–1428, Zitat S. 1427. In deutsch-amerikanischen Planungsstabsgesprächen am 26./27. 9. 1977 hatte Kinkel bekräftigt, Bonn liefere keine Waffen in Spannungsgebiete, kündigte aber – bereits vor Erstürmung der „Landshut“! – eine Aufstockung der Wirtschafts- und Fortsetzung der Ausrüstungshilfe für Somalia an. Sein Appell an die USA, auf ihr Waffenangebot zurückzukommen, verwarf Planungsstabschef Anthony Lake unter Verweis auf den Kongreß und das Prinzip restriktiver Waffenexporte. Vgl. Aufzeichnung Kinkel, 7. 10. 1977, Ref. 204, Bd. 110299.

¹⁸⁵ Am 29. 8. 1977 erteilte das AA der Botschaft in Mogadischu Weisung, den bisherigen Botschafter Horst Becker im somalischen Außenministerium abzumelden; vgl. Schrifterlaß Müller, in: PA-AA, Ref. 320, 116827. Als Geschäftsträger fungierte daher im entscheidenden Zeitraum Legationsrat I. Klasse Michael Libal.

¹⁸⁶ Vgl. „Klaus Böllings Lehren aus dem Deutschen Herbst“, in: Die Welt vom 18. 10. 2007.

¹⁸⁷ „Haben wir Fehler gemacht?“, in: Der Spiegel vom 7. 9. 1987, S. 51.

¹⁸⁸ Aufzeichnung Lewalter, in: PA-AA, Ref. 010, Bd. 178705.

die somalische Regierung dies wünsche. Sie könne aber auch alleine vorgehen.“ Bei den bereits auf dem Weg nach Dschibuti befindlichen Polizeikräften handle es sich um Experten, die auf die Befreiung entführter Flugzeuge spezialisiert seien. Für den Fall somalischer Kooperationsbereitschaft machte Schmidt weitreichende Zusagen: „Wenn die somalische Regierung sich in dem von uns erbetenen Sinne verhalte, so würde dies unser Verhalten gegenüber Somalia auf lange Sicht ganz entscheidend bestimmen. Somalia könne dann mit aller Hilfe von deutscher Seite rechnen.“¹⁸⁹ Diese Argumente wiederholte Schmidt eine Stunde später in einem Telefonat mit Somalias Staatschef. Siad Barre sagte dabei zu, die Ankunft des mit allen Vollmachten ausgestatteten deutschen Sonderemissärs abzuwarten, bevor er eine Entscheidung treffen würde; er ließ aber auch die Befürchtung durchklingen, daß eine Militäraktion mit dem Tod aller Flugzeuginsassen enden könne¹⁹⁰. In einem unmittelbar nach Wischnewskis Ankunft geführten Telefonat gestand der Kanzler, er sei angesichts der schlechten Telefonverbindung nicht sicher, ob der Präsident „alles verstanden hat“¹⁹¹.

Ohne zu wissen, wie Somalia reagieren würde, wurde am Morgen des 17. Oktober im Großen Krisenstab und Kabinett entschieden, daß angesichts eines neuen Ultimatums der „Landshut“-Entführer ein polizeilicher Zugriff durch somalische oder deutsche Kräfte erfolgen müsse¹⁹². Der Staatssekretär im Verkehrsministerium, Heinz Ruhnau, informierte Wischnewski über diese Entscheidung, betonte jedoch, die somalische Souveränität solle gewahrt bleiben. Die GSG-9, deren Hilfe der Kanzler angeboten habe, werde mit ihrer Maschine solange über Dschibuti kreisen, bis sie Landerlaubnis für Mogadischu erhalte. Zu einem der entscheidenden Punkte, die Wischnewski in den anstehenden Gesprächen zu klären hatte, legte Ruhnau in wegen der nicht abhörsicheren Leitung verklausulierter Form dar, der Staatsminister sei ermächtigt, den Somaliern „Hilfe auch auf anderen Feldern anzubieten. Mit Ausnahme der Schwelle, über die wir nicht rüberkommen.“ Das spielte auf somalische Waffenwünsche an. Wischnewski verstand: „Ja, die Schwelle ist, wir dürfen ja bestimmte Dinge nicht verkaufen. An denen sind die aber natürlich bei ihrer Lage am meisten interessiert. Aber die Mittel, mit denen man so was transportiert, die kann man ihnen geben.“¹⁹³ In seinen Handlungsanweisungen betonte Schmidt, der das Telefonat von Ruhnau fortsetzte, bei der in Aussicht gestellten Vertiefung der bilateralen Beziehungen sei „insbesondere auch das gemeint, was Hans Apel verwaltet“. Während Wischnewski mit der somalischen Regierung verhandelte, sollten seine Begleiter Ulrich

¹⁸⁹ Gespräch Schmidts mit Bokah, 17. 10. 1977, in: AAPD 1977, Dok. 292, S. 1402–1404, hier S. 1403.

¹⁹⁰ Aufzeichnung des MD Ruhfus, Bundeskanzleramt, über das Telefonat Schmidts mit Siad Barre am 17. 10. 1977, in: PA-AA, Bundeskanzleramt, Az: 21-30160 (56), Bd. 43, B 150, Aktenkopien 1977.

¹⁹¹ Telefonat Schmidts mit Wischnewski, z. Zt. Mogadischu, 17. 10. 1977, in: AAPD 1977, Dok. 293, S. 1406.

¹⁹² Vgl. Dokumentation, S. 109.

¹⁹³ Telefonat mit Wischnewski, 17. 10. 1977, in: AAPD 1977, Dok. 293, S. 1404–1408, hier S. 1405.

Wegener und Gerhard Boeden, der eine für die GSG-9, der andere im Kanzleramt für Terrorismusfragen zuständig, mit somalischen Sicherheitsorganen den Zugriff vorbereiten¹⁹⁴. Nun zählte sich die jahrelange bundesdeutsche Hilfe bei der somalischen Polizeiausbildung aus.

Bei seiner Ankunft, so Wischnewski, waren zunächst „Spannung und Mißtrauen [...] geradezu spürbar“; außer ihm durfte niemand das Flugzeug verlassen¹⁹⁵. Im Gespräch mit dem Präsidenten wandte Wischnewski all seine Überzeugungskraft auf. Er bekundete – trotz der Ermordung des Piloten – weitere Verhandlungsbereitschaft mit den Terroristen, denen bei Freilassung der Geiseln auch jetzt noch freier Abzug, ja selbst das mitgeführte Lösegeld gewährt werden könne. Erst als die Somalier die Erfolglosigkeit aller Gesprächsversuche mit den Entführern erkannten und als sich mit der angekündigten Flugzeugsprengung die Lage immer mehr zuspitzte, steuerte Wischnewski auf einen Einsatz der GSG-9 zu. Er beteuerte dabei, daß die somalische Souveränität gewahrt bleiben sollte, und versicherte, um das zu untermauern, daß alle vom deutschen Kommando gemachten Gefangenen selbstverständlich somalischer Gewalt unterstünden. Dafür ernstete er bei Siad Barre freilich nur Unverständnis: „Was, Gefangene wollen Sie auch machen?“¹⁹⁶ Nach weiteren Gesprächen, nun auch der Sicherheitsexperten beider Länder, gab Somalia die Erlaubnis zum Einsatz der GSG-9. Förderlich war dabei gewiß auch, daß Staaten wie Saudi-Arabien, Großbritannien und die USA das Ansinnen der Bundesregierung unterstützten¹⁹⁷.

Durch geschickte Hinhalteverhandlungen und Dank der Notlüge, die Bundesregierung erfülle nun doch alle Forderungen, die freigeprüften Häftlinge seien bereits im Anflug, gelang es Wischnewski, der GSG-9 soviel Zeit zu verschaffen, wie sie für den Zugriff brauchte¹⁹⁸. Selbst die kurz nach 19 Uhr MEZ im israelischen Fernsehen und über die Agence-France-Presse-Zentrale Paris verbreitete Meldung, eine deutsche Anti-Terror-Einheit sei in Mogadischu gelandet, gefährdete das Unternehmen nicht mehr, denn seit 21.30 Uhr hielten die Agenturen diese Nachricht auf Drängen der Bundesregierung zurück¹⁹⁹. Praktische europäische Solidarität vor Ort leisteten neben den zwei britischen SAS-Männern fünf

¹⁹⁴ Ebenda, S. 1407. Apel war Bundesfinanzminister.

¹⁹⁵ Wischnewski, *Leidenschaft*, S. 223.

¹⁹⁶ Ebenda, S. 224.

¹⁹⁷ Wischnewski in der Bundespressekonferenz, 19. 10. 1977, in: Dokumentation, S. 72* f. u. S. 76*; DB Nr. 2177 des Gesandten Noebel, London, 17. 10. 1977, in: PA-AA, Ref. 204, Bd. 110341; Aufzeichnung Lewalter über Genschers Gespräch mit Bokah, 17. 10. 1977, in: PA-AA, Ref. 010, Bd. 178705; DB Nr. 560 des Botschafters Schlagintweit, Djidda, 22. 10. 1977, in: PA-AA, Ref. 311, Bd. 119948.

¹⁹⁸ Vgl. Breloer, *Todesspiel*, S. 262 f.; Aufzeichnung des Funkverkehrs zwischen dem Tower Mogadischu und der „Landshut“ „Hier spricht Captain Märtyrer Mahmud“, in: *Der Spiegel* vom 28. 11. 1977, S. 123–137.

¹⁹⁹ Vgl. Dokumentation, S. 112 f. Erstaunlicherweise hat dieser Vorgang im PA-AA keinen Niederschlag gefunden, obwohl sich die Beziehungen zu Tel Aviv seit der Regierungsübernahme Menachem Begins im Juni 1977 schwieriger gestalteten; vgl. DB Nr. 1169 des Botschafters Schütz, Tel Aviv, in: AAPD 1977, Dok. 337, S. 1613–1617. Für Spannungen sorgte ferner die Bonn offiziell erst im Frühjahr mitgeteilte Überstellung der Terroristen Brigitte Schulz und

italienische Ärzte, die in einem Notlazarett die medizinische Versorgung der geschwächten Geiseln und der Verwundeten sicherstellten²⁰⁰.

Am 18. Oktober, zwölf Minuten nach Mitternacht deutscher Zeit, konnte Wischnewski telefonisch dem Krisenstab in Bonn den erfolgreichen Abschluß der Befreiungsaktion („Aktion Feuerzauber“) melden²⁰¹: Alle Geiseln waren am Leben, ein GSG-9-Mann war verletzt, drei Terroristen wurden getötet, die überlebende Vierte wurde in somalische Haft überführt. 45 Minuten später überbrachte Wischnewski dem somalischen Präsidenten den Dank der Bundesregierung, wobei er bereitwillig eine Presseerklärung unterschrieb, „daß somalische Sicherheitskräfte unter Beteiligung einiger ‚deutscher Experten‘ die Befreiung vorgenommen hätten“. Trotz dieser Erklärung, die Siad Barre helfen sollte, das Gesicht zu wahren, und trotz eines ähnlich formulierten Runderlasses des Auswärtigen Amts²⁰² konnte nicht verhindert werden, daß die Presse national wie international von einer deutschen Befreiungsaktion sprach.

Die Freude über die Befreiung des „Landshut“ war freilich nicht ungetrübt. Ebenfalls am 18. Oktober 1977 begingen Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe in Stammheim Selbstmord, und am 19. Oktober fand man die Leiche Schleyers im elsässischen Mulhouse. An der internationalen Dankesschuld der Bundesregierung änderte dies nichts. Als Anerkennung für Londons gute Dienste wurden Premierminister Callaghan und Außenminister Owen neben der gemeinsamen Pressekonferenz zu Sitzungen des Großen Krisenstabs und des Bundeskabinetts eingeladen²⁰³. Besondere Ehrungen wurden vor allem Somalia zuteil: Botschafter Bokah, dem Bundesminister Genscher extra gedankt und besonderen Sicherheitsschutz zugesagt hatte²⁰⁴, durfte – ein einmaliger Vorgang für Diplomaten einer fremden Macht – an einer Kabinettsitzung teilnehmen²⁰⁵, kurz danach wurde er auch im Bundestag mit Beifall begrüßt²⁰⁶. Der Kanzler nahm am 21. Oktober sogar demonstrativ am Botschaftsempfang zum somali-

Thomas Reuter aus Kenia in israelische Haft; vgl. dazu AAPD 1977, Dok. 64, Anm. 16, und Dok. 81.

²⁰⁰ Vgl. Schmidt im Deutschen Bundestag, 20. 10. 1977, Stenographische Berichte, 8. WP, Bd. 103, S. 3758.

²⁰¹ Zur Dramatik des Vorgangs vgl. Wischnewski, *Leidenschaft*, S. 407–411; zur GSG-9-Aktion vgl. Wolfgang Jäger/Werner Link, *Republik im Wandel 1974–1982. Die Ära Schmidt*, Stuttgart/Mannheim 1987, S. 81.

²⁰² In Ortex Nr. 109 vom 21. 10. 1977 hieß es: „Entgegen ersten Berichten wurde die Befreiungsaktion nicht allein durch Angehörige des Bundesgrenzschutzes, sondern zusammen mit dem somalischen Militär durchgeführt.“ Vgl. PA-AA, Ref. 012 II, Bd. 106594.

²⁰³ Vgl. Dokumentation, S. 117; Zimmermann, *Kabinettsstücke*, S. 208. Manuskript der Pressekonferenz in: PA-AA, Ref. 204, Bd. 110341.

²⁰⁴ Aufzeichnung Kinkel, 18. 10. 1977, in: PA-AA, Ref. 02, Bd. 178408. Bokah erklärte bei dieser Gelegenheit, die Selbstmorde von Stammheim seien der Beweis, daß Gefangene in der Bundesrepublik „einfach ein zu gutes Leben“ hätten: „Hoffentlich trete jetzt eine Änderung ein.“

²⁰⁵ „Beifall des Kabinetts für Somalias Botschafter in Bonn“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 19. 10. 1977, S. 1; Hans-Jochen Vogel, *Nachsichten. Meine Bonner und Berliner Jahre*, München/Zürich 1996, S. 79.

²⁰⁶ Vgl. *Verhandlungen des Deutschen Bundestages*, Stenographische Berichte, Bd. 103, 8. Wahlperiode, S. 3757.

schen Nationalfeiertag teil, obwohl er sich solchen Veranstaltungen sonst entzog²⁰⁷. Führende bundesdeutsche Politiker wurden nicht müde, Somalia für die Zusammenarbeit zu danken, und zu verkünden, diese Hilfe in der Not bleibe unvergessen²⁰⁸.

III) Die Folgen von Mogadischu

Nach der erfolgreichen Befreiungsaktion trafen Glückwünsche aus aller Welt in Bonn ein, teils verbunden mit Bitten um eine Polizeiausbildung durch die GSG-9. Jenseits des Eisernen Vorhangs mehrten sich jedoch kritische Stimmen, denn nach der Ausnahmesituation trat der Ost-West-Gegensatz wieder zutage, so bei der Frage, ob Flugzeugentführer grundsätzlich auszuliefern seien²⁰⁹. Die Bundesregierung tat sich schwer, diese Frage uneingeschränkt zu bejahen, weil nicht auszuschließen war, daß Fluchtwillige aus sozialistischen Ländern auf diesem Wege ihre Ausreise zu erzwingen versuchten. Die Polemik des bulgarischen Staatsfernsehens, das aus den jüngsten Antiterrorismus-Maßnahmen der Bundesregierung den Schluß zog, daß Bonn auf dem Weg zu einer Diktatur sei, beschäftigte sogar das deutsch-bulgarische Außenministertreffen²¹⁰. Mit Verschwörungstheorien schürte vor allem die DDR Zweifel an den Todesfällen in Stammheim. SED-Chefpropagandist Karl-Eduard von Schnitzler zog vom Leder, der Bundesgrenzschutz sei „aggressiv nach außen, anti-demokratisch und terroristisch nach innen, das ist diese Elitetruppe, ganz im Sinne der früheren Leibstandarte“ Adolf Hitlers²¹¹. Das Auswärtige Amt bilanzierte, die Bundesrepublik werde in bekannter Manier „als faschistoid und für den Weltfrieden gefährlich“ denunziert. Als Motiv hinter der Kampagne sah man die Verunsicherung des SED-Regimes über die breite Anteilnahme der DDR-Bevölkerung am Schicksal der „Landshut“ und über die gesamtdeutschen Gefühle, die dabei anscheinend geweckt wurden²¹².

²⁰⁷ So Schmidt zum sowjetischen Botschafter Falin, 26. 10. 1977, in: AAPD 1977, Dok. 305, S. 1463; Vgl. „Kanzler dankte dem somalischen Botschafter“, in: Die Welt vom 22./23. 10. 1977, S. 2.

²⁰⁸ Genscher erklärte Bokah am 18. 10. 1977, „daß die Bundesregierung die Hilfe der somalischen Regierung nicht vergessen werde“; Aufzeichnung Kinkel, in: PA-AA, Ref. 02, Bd. 178408. Innenminister Maihofer verkündete bei Rückkehr der GSG-9: „Somalia hat durch diese Hilfe in Not an Deutschland einen Freund gewonnen, der es in seinen eigenen Nöten niemals vergessen wird“, zit. nach Wischniewski, Leidenschaft, S. 233 f. Schmidt führte am 20. 10. 1977 über das künftige Verhältnis zu Somalia aus, „wir dürfen das nie vergessen. Es hat Einfluß auf unsere zukünftigen Beziehungen zu jenem Staat und seinem Volk“, in: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographische Berichte, Bd. 103, 8. Wahlperiode, S. 3758.

²⁰⁹ Aufzeichnung des Staatsministers von Dohnanyi, 2. 11. 1977 über Gespräch mit Falin am 26. 10. 1977, VS-Bd. 14056 (010), in: PA-AA, B 150, Aktenkopien 1977. Der deutsche Botschafter in Peking schilderte allerdings rückblickend, sein sowjetischer Kollege habe angesichts der Toten von Stammheim der Bundesrepublik falsche Rücksichtnahme bescheinigt: „Warum denn nur drei! Warum nicht gleich alle?“ Erwin Wickert, China von innen gesehen, Stuttgart 1982, S. 210.

²¹⁰ Gespräch Genschers mit Außenminister Mladenow am 20./21. 10. 1977, in: PA-AA, Ref. 214, Bd. 13333.

²¹¹ SB Gaus, Ost-Berlin, 11. 11. 1977, in: PA/AA, Ref. 210, Bd. 115063.

Zwiespältig fielen die Reaktionen der arabischen Welt aus, vor allem als bekannt wurde, daß die „Landshut“ von einem rein palästinensischen Kommando entführt worden war²¹³. Somalia werde da und dort Verrat an der arabischen Sache vorgeworfen, hieß es vom Sitz der Arabischen Liga in Kairo²¹⁴. Aus Bagdad meldete Botschafter Menne, daß PFPL-Vertreter den somalischen Botschafter bedrohten²¹⁵. Das Auswärtige Amt war überzeugt, Pressemeldungen über den Aufenthalt von RAF-Angehörigen im Irak seien zutreffend, denn Bagdad habe diesbezügliche Anfragen ausweichend beantwortet. Gleichwohl wurde Anfang Dezember entschieden, nicht länger nachzuforschen. Diese selbstverordnete Zurückhaltung ging sogar so weit, daß die Nahostabteilung dafür plädierte, die wenig chancenreiche Bitte des Bundeskriminalamts, in Bagdad ermitteln zu dürfen, „im Interesse der ohnehin bereits schwer belasteten deutsch-irakischen Beziehungen“ nicht weiterzuleiten²¹⁶. Auf Staatssekretärsebene wurde dieses Ansinnen zwar zurückgewiesen, aber zugleich signalisiert, das BKA-Ersuchen ohne Nachdruck zu betreiben²¹⁷. Auch als es galt, die Frage zu entscheiden, ob die Auslieferung der überlebenden „Landshut“-Entführerin Souhaila Andrawes beantragt werden sollte, plädierte das Auswärtige Amt für Zurückhaltung: Die Warnung, ein solcher Schritt bringe Somalia in Schwierigkeiten und drohe, „das terroristische Potential in arabischen Ländern gegen uns neu und heftig zu mobilisieren“, blieb im Kanzleramt und im Justizministerium nicht ohne Eindruck²¹⁸.

Dieses vorsichtige Agieren der Bundesregierung widerspricht der populären Vorstellung, unter Helmut Schmidt habe Bonn eine harte, unbeugsame Linie gegenüber dem Terrorismus vertreten²¹⁹. Allerdings entspricht dieses Verhalten

²¹² Aufzeichnung des MD Blech, 24. 11. 1977, in: Ebenda.

²¹³ Aufzeichnung Jesser, 3. 11. 1977, in: PA-AA, UA 31, Bd. 135632.

²¹⁴ DB Nr. 2035 des Botschafters Steltzer, Kairo, 2. 11. 1977, in: Ebenda.

²¹⁵ DB Nr. 199, 2. 11. 1977, in: Ebenda.

²¹⁶ Aufzeichnung Jesser, 9. 12. 1977, in: PA-AA, Ref. 311, Bd. 119912.

²¹⁷ Vermerk van Well, 14. 12. 1977, in: Ebenda.

²¹⁸ Aufzeichnung des StS Hermes, 8. 12. 1977, in: PA-AA, VS-Bd. 14076 (010), B 150, Aktenkopien 1977. Bereits am 26. 10. 1977 hatte der Botschafter im Libanon, Wolfgang-Rüdiger von Pachelbel-Gehag, über Pläne zur Freipressung Andrawes' berichtet; vgl. DB Nr. 296, in: PA-AA, VS-Bd. 11146 (310), B 150, Aktenkopien 1977. 1978 wurde Andrawes in Somalia zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt, aber nach einem Jahr in den Irak abgeschoben. 1994 wurde sie auf Ersuchen der Bundesanwaltschaft in Norwegen verhaftet und 1996 zu 12 Jahren Haft verurteilt. Ein Jahr später wurde Andrawes nach Norwegen überstellt und erhielt dort 1999 aus gesundheitlich-familiären Gründen Haftverschonung. Vgl. Siemens, System, S. 241 f. u. S. 245.

²¹⁹ In dieses Schema passen eher Überlegungen vom November 1977 für einen Zugriff auf den vermuteten Unterschlupf deutscher Terroristen in einem Palästinenserlager in Beirut. Der Nachrichtendienst kam allerdings zum Schluß, daß dies nur außerhalb des stark befestigten Lagers geschehen könne. Erwogen wurde eine Kontaktaufnahme des GSG-9-Kommandeurs zum israelischen Partnerdienst. Vgl. DB Nr. 331 des Botschafters von Pachelbel-Gehag vom 16. 11. bzw. 18. 11. 1977, in: PA-AA, VS-Bd. 14076 (010), B 150, Aktenkopien 1977. Der Bundeskanzler gab sein Plazet für alles, „was die Zustimmung der Regierung von Libanon findet und mit unseren Gesetzen übereinstimmt“; Aufzeichnung Genscher, 21. 11. 1977, in: AAPD 1977, Dok. 331, S. 1588.

genau der aus der Gründungsgeschichte der Bundesrepublik erklärbaren, hier wie generell handlungsleitenden Maxime, jede außenpolitische Sonderstellung zu vermeiden und statt dessen im schützenden multilateralen Kontext zu agieren. Konsequenterweise forcierte die Bundesregierung daher ihre UNO-Initiative gegen Geiselnahme, die seit Jahresbeginn in New York in einem Sonderausschuß behandelt wurde²²⁰. Zugleich regte sie an, das Thema ins Schlußdokument der Belgrader KSZE-Nachfolgekonferenz einzuführen²²¹.

Gerade weil die Bundesrepublik trotz ihres wirtschaftlichen Gewichts und ihrer gestiegenen weltpolitischen Bedeutung primär auf partnerschaftliche Kooperation setzte, traf sie die auch in Westeuropa aufflammende Kritik, sie sei auf dem Weg zu einem autoritären Polizeistaat, besonders hart²²². Tatsächlich hielt man es – angesichts vermeintlicher deutscher Effizienz – in vielen Ländern für undenkbar, daß Pistolen in den Hochsicherheitstrakt der Justizvollzugsanstalt Stammheim geschmuggelt werden konnten. Den dortigen Todesfällen haftete deshalb vielerorts das Odium von Staatsmord an. Reminiszenzen an die NS-Vergangenheit waren schnell zur Hand. Wieder geisterte das Bild des „häßlichen Deutschen“ durch die Gazetten Europas²²³.

Frankreich war dabei nur ein Fall unter vielen. Dort lief bereits eine Kampagne gegen „Berufsverbote“²²⁴, und auch der Fall des Stuttgarter RAF-Anwalts Klaus Croissant, der tief ins terroristische Netzwerk verstrickt war und seiner Verhaftung durch einen Asylantrag in Frankreich entkommen wollte, belastete die bilateralen Beziehungen, obwohl die französische Regierung alles tat, um im Sinne Bonns auf die Justiz einzuwirken²²⁵. Auch Frankreichs Ministerpräsident Raymond Barre versicherte am 20. Oktober in Bonn, antideutsche Polemiken seien nicht repräsentativ. Frankreich habe an den Entführungsfällen starken Anteil genommen

²²⁰ Zur UNO-Initiative vgl. AAPD 1976, Dok. 24, Dok. 130, Anm. 12, Dok. 233, Anm. 14, und Dok. 348; AAPD 1977, Dok. 132, Anm. 12, Dok. 228 und Dok. 320, Anm. 16. Die UNO-Generalversammlung beauftragte am 16. 12. 1977 den Sonderausschuß mit der Vorlage eines Konventionentwurfs. Vgl. ebenda, S. 1132, Anm. 14.

²²¹ DE van Well an die KSZE-Delegation in Belgrad, 2. 11. 1977, in: PA-AA, Ref. 200, Bd. 113226.

²²² Selbst Schmidt warnte, die Regierung müsse die Balance zwischen Stärkung der Strafverfolgungsbehörden und übertriebenen Reaktionen wahren und vermeiden, „daß die deutsche Publizistik und Innenpolitik von einer McCarthyistischen Welle erfaßt werde“. AAPD 1977, Dok. 345, S. 1652.

²²³ Vgl. „Wie sehen uns die Franzosen“, in: Der Spiegel vom 21. 11. 1977, S. 132–154 u. S. 26–32; DB Nr. 2689 des Botschafters Herbst, Paris, vom 25. 10. 1977, Nr. 3213 vom 26. 10. 1977 und Nr. 3281 vom 31. 10. 1977, in: PA-AA, B 83 (Ref. 511), Bd. 1005.

²²⁴ Vgl. Gespräch Schmidts mit Erstem Sekretär der Sozialistischen Partei Frankreichs, Mitterrand, 29. 9. 1977, in: AAPD 1977, Dok. 264, S. 1283.

²²⁵ Zum Fall Croissant vgl. Telefonat Schmidts mit Giscard d'Estaing, 19. 7. 1977, in: AAPD 1977, Dok. 198, S. 1001 f.; DB Nr. 2194 des Botschafters Herbst, Paris, 26. 7. 1977, in: Ebenda, Dok. 205, S. 1029–1032; Aufzeichnung des MD Fleischhauer, 30. 8. 1977, in: Ebenda, Dok. 230, S. 1138–1140; Telefonat Schmidts mit Giscard, 13. 9. 1977, in: Ebenda, Dok. 242, S. 1187–1189; Gespräch Schmidts mit Frankreichs Ministerpräsidenten Barre, 20. 10. 1977, in: Ebenda, Dok. 298, S. 1432 f. Croissant wurde am 17. 11. 1977 den deutschen Behörden überstellt; SB Nr. 3369 des Botschafters Herbst, Paris, 24. 11. 1977, in: PA-AA, B 83 (Ref. 511), Bd. 1347.

und beurteile das Verhalten der Bundesregierung mehrheitlich positiv²²⁶. In Italien häuften sich ebenfalls kritische Presseberichte²²⁷. Nach dem 18. Oktober kam es zu Demonstrationen und Gewaltakten gegen deutsche Niederlassungen, von denen sich die Regierung in Rom umgehend distanzierte²²⁸.

Der Bundeskanzler sorgte sich dennoch um das Ansehen der Bundesrepublik, so daß er Auswärtiges Amt und Presseamt um Vorschläge zur Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit in Westeuropa bat²²⁹. Während das Außenministerium Personalaufstockungen in den Presseabteilungen der Botschaften für ausreichend hielt²³⁰, regte das Bundespresseamt die Schaffung eines Informationszentrums in Paris nach dem Vorbild des New Yorker „German Information Center“ an. Das Auswärtige Amt torpedierte dieses Projekt mit dem Argument, solch ein Zentrum werde als Propaganda-Instrument empfunden und wirke kontraproduktiv, da die französische Medienkritik an der Bundesrepublik nicht auf Informationsdefiziten beruhe, sondern auf ein Bündel historischer, wirtschaftlicher und innenpolitischer Motive zurückgehe²³¹.

Weit schwieriger waren andere Probleme zu lösen, die sich aus der Aktion in Mogadischu ergaben. Am 31. Oktober teilte Geschäftsträger Michael Libal mit, Siad Barre bitte die Bundesregierung „um militärische und politische Unterstützung gegen die ausländische Einmischung in den westsomalisch-äthiopischen Konflikt“, konkret um „politisch-diplomatische Unterstützung, Waffenhilfe, eine Sicherheitsgarantie gegen einen äthiopischen Angriff“. Dieses Ersuchen, das Somalia auch an andere Staaten gerichtet habe, werde mit dem sowjetischen Hegemonialstreben am Horn von Afrika begründet, das der Westen verhindern müsse²³². Schneller als erwartet sah sich die Bundesrepublik also aufgefordert, die Dankesschuld für die „Landshut“-Befreiung einzulösen und den Worten Taten im Bereich von Politik, Wirtschaft und Militär folgen zu lassen. Vor allem letzteres war jedoch problematisch, galt doch der eherne Grundsatz, keine Waffen in Spannungsgebiete zu liefern.

Gegenüber Botschafter Bokah verwies Bundeskanzler Schmidt daher am 3. November auf Deutschlands langfristige Entwicklungshilfeprojekte und auf das am 31. Oktober beschlossene Sofortprogramm für Somalia, das einen Kredithilferahmen von 25 Millionen DM und noch für 1977 rund sechs Millionen DM an technischer Hilfe vorsah. Das beinhaltete neben Traktoren und Planierdrauben

²²⁶ Gespräch Schmidts mit Barre, 20. 10. 1977, in: AAPD 1977, Dok. 298, S. 1433 f., hier S. 1433.

²²⁷ DB Nr. 1952 des Botschafters Arnold, Rom, 26. 10. 1977, in: PA-AA, B 83 (Ref. 511), Bd. 1005; Gespräch Schmidts mit Andreotti, 1. 12. 1977, in: AAPD 1977, Dok. 345, S. 1650 f.

²²⁸ Aufzeichnung Lewalter, 28. 10. 1977, in: PA-AA, Ref. 010, Bd. 178683.

²²⁹ Schreiben Schmidts an Genscher, 20. 10. 1977, in: PA-AA, Ref. 202, Bd. 115638.

²³⁰ Aufzeichnung des MD Blech, 21. 11. 1977, in: Ebenda.

²³¹ Aufzeichnung Hermes, 8. 12. 1977, in: PA-AA, VS-Bd. 14076 (010), B 150, Aktenkopien 1977.

²³² DB Nr. 181 Libal, Mogadischu, in: PA-AA, Ref. 320, Bd. 116826. Vergleichbare Bitten gingen an die USA, Großbritannien, Frankreich, Italien und Iran; Aufzeichnung Lahn, 15. 11. 1977, in: Ebenda, Bd. 116827.

die Lieferung von circa 30 10-Tonnen-LKWs²³³. Die Tatsache ignorierend, daß solch schwere Lastwagen auch militärisch nutzbar waren, betonte Schmidt, Bonn dürfe keine Waffen „an Krisengebiete außerhalb der NATO“ liefern oder Sicherheitsgarantien für Länder außerhalb des Atlantischen Bündnisses übernehmen. „Die Bundesregierung könne aber finanzielle Unterstützung geben, die auch für Verteidigungszwecke verwendet werden könne. Eine solche Vereinbarung müsse aber strikt vertraulich bleiben. Er gehe davon aus, daß dies auch im somalischen Interesse liege.“ Zur Regelung der Einzelheiten verwies der Kanzler auf den bewährten Krisenmanager Wischniewski, wobei er die Notwendigkeit eines klandestinen Vorgehens noch einmal unterstrich: „Es werde sehr schwierig werden, eine deutsche finanzielle Zuwendung so zu verkleiden, daß ihre Zweckbestimmung (Verwendung für Waffenkäufe) verborgen bleibe. Wir würden hierüber nachdenken und bemüht sein, bald eine Entscheidung zu finden.“²³⁴

Das Auswärtige Amt, das am 8. November über dieses Kanzlergespräch unterrichtet wurde, reagierte wenig erfreut auf die sich hart am Rande der Legalität bewegende Entscheidung. Ohne Kenntnis von Schmidts Äußerung war an diesem Tag in der Abteilungsleiterbesprechung eine Finanzhilfe, die auch für Waffenkäufe verwendet werden könne, „geradezu als Beispiel eines Fehlers, den wir im fraglichen Konflikt unbedingt vermeiden müssen“, bezeichnet worden²³⁵. Bereits am 27. Oktober hatte sich Äthiopiens Botschafter Haile Gabriel Dagne im Auswärtigen Amt beklagt, daß die Bundesregierung nach den Ereignissen von Mogadischu ihre Neutralität im Horn-von-Afrika-Konflikt aufzugeben beginne. Berichte, Flugzeuge mit übermalten deutschen Hoheitszeichen würden Waffen nach Mogadischu transportieren, hatte Staatssekretär van Well als Falschmeldung demontiert²³⁶. Auch Kinkel hatte in Addis Abeba Waffenlieferungen an Somalia kategorisch ausgeschlossen und betont, trotz der „Landshut“-Befreiung behalte die Bundesregierung ihre Neutralitätspolitik bei; darum werde auch die Kapital- und technische Hilfe für Äthiopien aufgestockt²³⁷.

Das Auswärtige Amt negierte daher das Kanzlerwort. Van Well verfügte, es bleibe beim bisherigen Kurs: „Keine direkten oder indirekten Finanzhilfen für

²³³ Vgl. Gespräch Schmidts mit Botschafter Bokah, 3. 11. 1977, in: AAPD 1977, Dok. 315, S. 1513–1517, hier S. 1513f., sowie Aufzeichnung Lahn vom 22. 11. 1977, in: PA-AA, Ref. 320, Bd. 116760.

²³⁴ Gespräch Schmidts mit Bokah, 3. 11. 1977, in: AAPD 1977, Dok. 315, S. 1514 u. S. 1516.

²³⁵ Handschriftlicher Vermerk Lewalter, 8. 11. 1977, in: Ebenda, S. 1513, Anm. 1.

²³⁶ Aufzeichnung des Legationssekretärs von Stenglin betr. Gespräch van Well mit Dagne am 27. 10. 1977, in: PA-AA, Ref. 320, Bd. 116826. Der Leiter des Referats Rüstungsexportpolitik, Vortragender Legationsrat I. Klasse Pabsch, vermerkte am 12. 12. 1977, eine von einer mittelamerikanischen Gesellschaft gecharterte „Condor“-Maschine habe in Mogadischu wohl aus Iran, Saudi-Arabien und Pakistan stammende, dort im Lizenzverfahren produzierte deutsche Infanteriewaffen entladen, was „von interessierter Seite als Beteiligung der Bundesregierung konstruiert“ werden könne. Nicht auszuschließen sei, daß eine westdeutsche Rüstungsfirma somalische Waffenwünsche aus Auslandsdependancen bediene. PA-AA, VS-Bd. 11170 (320), B 150, Aktenkopien 1977.

²³⁷ Vgl. Aufzeichnung des Legationssekretärs Ischinger, 8. 11. 1977, in: AAPD 1977, Dok. 317, S. 1520–1524; DB Nr. 822 Kinkel, z. Z. Addis Abeba, 3. 12. 1977, in: PA-AA, Ref. 311, Bd. 116826.

Waffenkäufe. Nur KH + TH. Aber großzügige Warenhilfe.²³⁸ Diese Linie vertrat das Amt auch beim zweiten Treffen der Horn-von-Afrika-Kontaktgruppe. Dort schlossen der amerikanische und westdeutsche Vertreter jede Waffenhilfe für Somalia aus, während Paris und London eine weitere Erörterung dieser Frage für angebracht hielten²³⁹. Trotz des immer offeneren Eingreifens des Ostblocks auf Seiten Äthiopiens – geschätzt wurde, rund 300 sowjetische, 200 bis 300 kubanische und ca. 100 Militärberater aus der DDR seien in äthiopischen Einheiten aktiv – verwarf die Kontaktgruppe die Option eines indirekten militärischen Engagements in dem Konflikt²⁴⁰.

Die Entwicklung am Horn von Afrika spitzte sich weiter zu, als Somalia am 13. November endgültig mit dem Ostblock brach, den Freundschaftsvertrag mit der UdSSR von 1974 kündigte, ihr die Verfügungsgewalt über alle militärischen Einrichtungen entzog, die sowjetischen Experten des Landes verwies und auch zu Kuba wegen dessen Eingreifen auf Seiten Äthiopiens die diplomatischen Beziehungen abbrach²⁴¹. Libal diagnostizierte, damit versuche Somalia sich einen moralischen Anspruch auf Schutz durch den Westen zu sichern²⁴². Einige Tage zuvor hatte Botschafter Bokah im Kanzleramt daran erinnert, welchen Schwierigkeiten sich sein Land wegen der Flugzeugbefreiung ausgesetzt sehe – die UdSSR habe ihre Waffenlieferungen eingestellt, Algerien und Libyen hätten ihr Mißfallen kundgetan. Trotz dieser moralischen Pression blieb Wischniewski standhaft: Zuerst müsse in der Horn-von-Afrika-Gruppe eine koordinierte Antwort gefunden und sich die Bundesregierung intern schlüssig werden, „welche Art der Hilfe die für Somalia nützlichste und wirkungsvollste sei“. Die Ressortabstimmung mit Auswärtigem Amt und Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) sei auf gutem Wege²⁴³. Tatsächlich vertraten die Ministerien jedoch unterschiedliche Positionen. Zunächst schien das zu Zurückhaltung neigende Auswärtige Amt die Oberhand zu behalten: Es erwirkte eine Verschiebung des für Dezember vorgesehenen Besuchs von Entwicklungsministerin Schlei in Somalia; die Visite könne „als politische Geste im Sinne einer einseitigen Unterstützung der somalischen Position im Ogaden aufgefaßt“ und „so kurz nach dem Rauswurf der Sowjetunion“ als „Belohnung für die somalische Entscheidung verstanden werden und Hoffnungen erwecken, die wir nicht erfüllen können“²⁴⁴.

²³⁸ Handschriftlicher Vermerk van Well, 9. 11. 1977, in: AAPD 1977, Dok. 315, S. 1513, Anm. 1.

²³⁹ Vgl. DB Nr. 2390 Müller, z. Z. London, 11. 11. 1977, in: Ebenda, Dok. 322, S. 1547.

²⁴⁰ Vgl. ebenda, S. 1546–1548, bzw. SB Nr. 750 des Botschafters Ruete, London, 15. 12. 1977, in: PA-AA, VS-Bd. 11166 (320), B 150, Aktenkopien 1977. Auf derselben Linie verlief die Erörterung in der NATO; DB Nr. 1455 des Gesandten Boss, Brüssel, 25. 11. 1977, in: Ebenda.

²⁴¹ DB Nr. 205 Libal, Mogadischu, 14. 11. 1977, in: PA-AA, Ref. 320, Bd. 116828.

²⁴² DB Nr. 206 Libal, Mogadischu, 14. 11. 1977, in: Ebenda.

²⁴³ Vgl. Gespräch Wischniewskis mit Bokah, 11. 11. 1977, in: PA-AA, Bundeskanzleramt, Az: 21-30100 (56), Bd. 43, B 150, Aktenkopien 1977.

²⁴⁴ Aufzeichnung Lahn, 15. 11. 1977, in: PA-AA, Ref. 320, Bd. 116827. Genscher vermerkte, auch Schmidt halte derzeit jeden Ministerbesuch in Somalia für inopportun; vgl. AAPD 1977, Dok. 331, S. 1586.

Somalia zwang Bonn jedoch zu einer Entscheidung, als es den Besuch einer Regierungsdelegation ankündigte²⁴⁵. In einer Ressortbesprechung im Kanzleramt am 25. November insistierte Staatsminister Wischnewski, die Bundesrepublik müsse Wort halten, „ohne unsere Außen- und Entwicklungspolitik zu sprengen“²⁴⁶. Hilfe müsse rasch erfolgen und deutlich jenseits normaler Entwicklungshilfsroutine liegen. Es sei notwendig, „eine flexible Form der Hilfe zu finden und insbesondere einen möglichst großen Teil der für finanzielle Zusammenarbeit vorgesehenen Mittel in Warenhilfe umzuwandeln“. Die hochrangig besetzte Runde²⁴⁷ einigte sich, von den für 1977/1978 vorgesehenen Mitteln 25 Millionen DM in Warenhilfe umzuwandeln. Diese sollte „in einer Form gewährt werden, die Somalia das größtmögliche Maß an Verfügungsfreiheit gewährt“. Bei der Warenhilfe-Liste solle großzügig verfahren und für 1979 ein weiteres Projekt im Rahmen finanzieller Zusammenarbeit in Aussicht gestellt werden. Nach außen gelte es, Umfang und Art der Hilfe herunterzuspielen bzw. zu verschleiern. Lediglich über die nun 100, aus Überschubbeständen des Verteidigungsministeriums bereitgestellten LKWs konnte noch keine Einigung erzielt werden, da weder das AA noch das BMZ Verantwortung dafür übernehmen wollten²⁴⁸.

Formal korrekt konnte der Bundeskanzler am 30. November gegenüber Somalias Vizepräsidenten Hussein Kulmie Afrah und Außenminister Abdurahman Jama Barre erneut darauf verweisen, Waffenlieferungen in Spannungsbereiche jenseits der Nato seien nicht möglich. Schmidt betonte aber zugleich, die Bundesrepublik werde Somalia 1977/78 wirtschaftliche Hilfe von 76 Millionen DM zur Verfügung stellen. Ein Drittel davon werde Warenhilfe sein, was Somalia „die größtmögliche Freiheit“ gebe, „dafür zu kaufen, was Sie aus Ihrer eigenen Sicht für vordringlich halten“. Allerdings dürfe die Bundesrepublik „nicht als großer Finanzier Somalias dastehen. Deshalb wollen wir unsere Hilfe nach außen herunterspielen.“²⁴⁹ Hilfreich wäre, wenn Somalia sich öffentlich zur Unverletzlichkeit

²⁴⁵ DB Nr. 216 Libal, Mogadischu, 22. 11. 1977, in: PA-AA, Ref. 320, Bd. 116827. Aus der Delegationsbeteiligung von Militärs folgte Libal, „daß zumindest in Paris und London auch über Waffenlieferungen gesprochen werden soll“. Bereits in der Vorwoche hatte Mogadischu um eine geheime Anti-Terror-Ausbildung somalischer Sicherheitskräfte in der Bundesrepublik gebeten. Nach Libal werde das Barre-Regime „selbst bei Abwendung von der Sowjetunion noch auf absehbare Zeit ein autoritärer Polizeistaat“ bleiben; DB Nr. 203, 13. 11. 1977, in: PA-AA, VS-Bd. 14067 (010), B 150, Aktenkopien 1977.

²⁴⁶ Aufzeichnung über Ressortbesprechung am 25. 11. 1977, in: PA-AA, Ref. 320, Bd. 116827.

²⁴⁷ Teilnehmer waren neben Wischnewski u. a. Entwicklungshilfeministerin Schlei, StS van Well in Vertretung des erkrankten Außenministers Genscher und der Parlamentarische StS des Finanzministeriums, Haehser.

²⁴⁸ Aufzeichnung des MDg Loeck, Bundeskanzleramt, in: PA-AA, VS-Bd. 532 (014), B 150, Aktenkopien 1977. Wischnewski konnte gegenüber der somalischen Delegation auf die beachtliche Aufstockung der Somalialilfe, darunter 100 Militär-Lastkraftwagen, „einschließlich Reparatur- und Transportkosten“, verweisen. „Vermerk über die Gespräche der somalischen Delegation im Bundeskanzleramt am 30. 11. 1977“ von Libal, in: PA-AA, VS-Bd. 11165 (320), B 150, Aktenkopien 1977.

²⁴⁹ Gespräch Schmidts mit somalischer Regierungsdelegation, 30. 11. 1977, in: AAPD 1977, Dok. 341, S. 1634 f.

der Grenze mit Kenia bekenne. Die somalische Seite ging auf das großzügige, nur in der heiklen Waffenfrage bewußt vage formulierte Angebot umgehend ein. Bokah sagte auch, wo sein Land einkaufen wollte: in Ägypten, das schon einige Jahre vor Somalia die Verbindung zur Sowjetunion gelöst hatte²⁵⁰ und jene russischen Waffen besitze, die angesichts der bisherigen somalischen Armierung mit sowjetischem Material dringend benötigt würden. Sein Land müsse über arabische Länder schnellstmöglich solche Waffen beziehen. Schmidt erklärte sich bereit, bei seiner Ägyptenreise mit Präsident Anwar al-Sadat darüber zu sprechen, wies aber alle Bitten nach direkter Unterstützung im Falle eines äthiopischen Angriffs zurück²⁵¹.

Das anvisierte deutsch-ägyptisch-somalische Dreiecksgeschäft gewann rasch konkrete Form. Mitte Dezember unterrichtete Bokah den Bundeskanzler, Siad Barres Gespräche mit Sadat, dem saudischen König Khaled und den Vereinigten Arabischen Emiraten seien erfolgreich verlaufen: „Präsident Sadat habe sich zu Waffenlieferungen an Somalia bereit erklärt.“ Bokah bat, „ob die deutsche Seite ‚das zugesagte Geld in Kairo hinterlegen könne‘“ und ob diese Transferleistung über die deutsche Botschaft in Kairo abgewickelt werden könne. Von einer direkten Involvierung wollte Schmidt aber nichts wissen: Die Modalitäten seien allein Somalias Sache. „Er wolle aber darauf hinwirken, daß die zugesagte Warenhilfe bis zum 15. Januar 1978 an Somalia ausgezahlt werde.“²⁵² Falls es aus somalischer Sicht noch Informationen gebe, die er vor seiner, vom 27. Dezember 1977 bis 6. Januar 1978 dauernden Ägyptenreise benötige, solle man ihn auf Arbeitsebene unterrichten.

Soweit aus den Akten des Auswärtigen Amtes ersichtlich, wurde die Somalia-Frage in Schmidts Gesprächen mit Sadat nur am Rande gestreift. Die ägyptische Seite verstand, daß ihr deutscher Gesprächspartner die brisante Dreiecksfinanzierung somalischer Waffenkäufe bewußt „off the record“ zu halten versuchte²⁵³. Es dürfte jedoch kein Zufall gewesen sein, daß Somalias Präsident Siad Barre mit dem Bundeskanzler in Ägypten zusammentraf²⁵⁴.

Kurz danach, am 12. Januar 1978, wurde ein Abkommen über finanzielle Zusammenarbeit unterzeichnet, worin die Bundesregierung Somalia einen frei

²⁵⁰ Am 18. 7. 1972 hatte Präsident Sadat bekanntgegeben, er habe die Sowjets aufgefordert, ihre Experten und Militärberater aus Ägypten abzuziehen. Am 15. 3. 1976 kündigte Ägypten schließlich den Vertrag von 1971 über Freundschaft und Zusammenarbeit mit der UdSSR.

²⁵¹ Vgl. Gespräch Schmidts mit somalischer Regierungsdelegation, 30. 11. 1977, in: AAPD 1977, Dok. 341, S. 1635 f.

²⁵² Gespräch Schmidts mit Bokah am 13. 12. 1977, in: PA-AA, VS-Bd. 11165 (320), B 150, Aktenkopien 1977. Eine entsprechende Weisung des Kanzleramts erging unmittelbar darauf an das BMZ. Das dazugehörige Begleitschreiben des MDg Loeck, Bundeskanzleramt, an Schönfeld, 15. 12. 1977, in: Ebenda.

²⁵³ Zu Schmidts Gesprächen in Ägypten vgl. DB Nr. 2498 van Well, z. Z. Kairo, an Genscher, 29. 12. 1977, in: AAPD 1977, Dok. 378, S. 1807–1812, inbes. S. 1810 f.; DB Nr. 1332 van Well, 30. 12. 1977, in: Ebenda, Dok. 379, S. 1812–1815; Schmidt, Weggefährten, S. 339–345.

²⁵⁴ Vgl. „Palästinafrage beherrscht Assuan-Treffen“, in: Süddeutsche Zeitung vom 3. 1. 1978, S. 2. Für das Gespräch Schmidts mit Siad Barre am 2. 1. 1978 vgl. AAPD 1978, bearb. von Daniela Taschler, Amit Das Gupta und Michael Mayer, München 2009, Dok. 1.

verfügbaren Kredit von 25 Millionen DM einräumte. Anders als bei solchen Hilfsaktionen üblich, verzichtete Bonn dabei weitgehend auf eine Kontrolle der Mittelverwendung²⁵⁵. Welche Schlußfolgerungen aufmerksame Beobachter daraus zogen, stand bald in der Presse: „In der Praxis bedeutet das: Mogadischu kann das Geld ohne Zustimmung von Bonn für Waffenkäufe ausgeben.“²⁵⁶ Trotz aller Vorkehrungen war damit das sorgsam gehütete Geheimnis indirekter deutscher Waffenhilfe in der Welt. Entwicklungsministerin Schlei bestätigte das, als sie sich in einem WDR-Interview sogar die quasi-offizielle Bestätigung entlocken ließ, Somalia habe mit dem Vertrag faktisch die Möglichkeit zu Waffenkäufen²⁵⁷. Äthiopiens Botschafter Dagne zeigte sich deshalb in einer Pressekonferenz sehr befremdet darüber, daß die Bundesrepublik offensichtlich die somalische Invasion finanziere. Der bundesdeutsche Botschafter in Addis Abeba wurde sogar zur „persona non grata“ erklärt, auch wenn ein offizieller Abbruch der Beziehungen unterblieb²⁵⁸. Die Bundesregierung versuchte gegenzusteuern, indem Außenminister Genscher am 23. Januar 1978 beim Empfang des gabunischen Außenministers Martin Bongo öffentlich beteuerte, Bonn bleibe bei der bewährten Politik, keine Waffen – weder direkt noch indirekt – in Spannungsgebiete zu liefern; finanzielle Hilfe diene allein der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des Empfängerlandes²⁵⁹. Doch der Schaden war angerichtet. Insofern war es nur konsequent, daß Marie Schlei bei der Regierungsumbildung im Februar 1978 nicht mehr ins Kabinett zurückkehrte.

Merkwürdigerweise drang die Tatsache, daß die Bundesregierung als Preis für Mogadischu ihre sonst so strikte Zurückhaltung bei Rüstungs(bei)hilfe in Kriegsgebiete bis zur Grenze des Vertretbaren auflockerte, kaum in das öffentliche Bewußtsein. Dies dürfte auch damit zusammenhängen, daß die Hauptbeteiligten darüber den Mantel des Schweigens breiteten. Wenn sie überhaupt zu diesem, im Zusammenhang mit der RAF-Debatte marginal erscheinenden Punkt befragt wurden, verstanden sie es, die Aufmerksamkeit auf andere Aspekte der Somalia-Hilfe zu lenken²⁶⁰. Erst heute, nach Freigabe der geheimen Regierungsakten, zeigt sich, welchen Preis die Bundesregierung für die Hilfestellung Mogadischus tatsächlich zahlte. Für das Regime von Siad Barre bedeutete diese Unterstützung jedoch keineswegs die Rettung: Nachdem die im Januar 1978 begonnene äthiopi-

²⁵⁵ Wortlaut in: Bundesgesetzblatt 1978, Teil II, S. 869 f.

²⁵⁶ „Bezahlt Somalia Waffen aus deutscher Entwicklungshilfe?“, in: Die Welt vom 21. 1. 1978, S. 2.

²⁵⁷ Vgl. „Somalia-Hilfe: Union fühlt sich betrogen“, in: Ebenda vom 23. 1. 1978, S. 3.

²⁵⁸ Vgl. DE Nr. 394 des Vortragenden Legationsrat Kremer, 25. 1. 1978, in: AAPD 1978, Dok. 20.

²⁵⁹ Ansprache Genschers, in: Bulletin der Bundesregierung 1978/I, S. 75.

²⁶⁰ Wischniewski schreibt in seinen Memoiren sophistisch, die Bundesregierung sei der Forderung nach Waffenlieferungen nicht nachgekommen, habe aber „Somalia bei seiner Entwicklung über das normale Maß hinaus zu helfen“ gewusst; Wischniewski, Leidenschaft, S. 240. Bölling spricht noch 2007 nur allgemein davon, Bonn habe sich „für das Entgegenkommen der somalischen Seite ja auch erkenntlich gezeigt“; „Klaus Böllings Lehren aus dem Deutschen Herbst“, in: Die Welt vom 18. 10. 2007. In einer ZDF-Dokumentation erwähnt er unspezifische Finanzhilfen. Vgl. „Das Wunder von Mogadischu“, von Stefan Brauburger, Oliver Halmburger und Stephan Vogel, ZDF 2007, 27 Minuten, 23–30 Sekunden.

sche Gegenoffensive nicht mehr gestoppt werden konnte, mußte Somalia im März die militärische Niederlage eingestehen. Von dieser Schwächung sollte sich die Herrschaft des ostafrikanischen Diktators nicht mehr erholen: Unruhen häuften sich und führten 1991 zur Vertreibung Siad Barres. Seither droht Somalia im Bürgerkrieg zu versinken. Auch in der Bundesrepublik war 1977/78 noch kein Ende des Linksterrorismus in Sicht; das war erst der Fall, als die RAF 1998 in einer lapidaren „Auflösungserklärung“ das Projekt „Stadtguerilla in der Form der RAF“ für beendet erklärte²⁶¹.

²⁶¹ Vgl. Peters, Tödlicher Irrtum, S. 715.